

# rote blätter

Herausgegeben v. Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS

Nr. 1, 8. 10. 71 1. Jahrgang

1,- DM

## SPARTAKUS: Die Angriffe der Reaktion gemeinsam zurückweisen!

Seit dem Bundeskongreß des SPARTAKUS im Mai verging und vergeht keine Woche, in der nicht die bürgerliche Presse die Arbeit des MSB kommentiert. Das war nicht immer so: vor dem

Bonner Kongreß nahmen die Informationsmedien der Bourgeoisie — von Einzelfällen abgesehen — keine Notiz vom Spartakus. Jetzt hat man umgeschaltet, auf breiter Front eine Presse-

kampagne gegen den MSB eingeleitet. Dieser Pressefeldzug charakterisiert das Demokratie- und Wissenschaftsverständnis der Herrschenden, obschon in seinen Grundzügen bekannt, auf plastische Weise.

Die Anti-Spartakus-Kampagne ist Teil der Offensive der herrschenden Kreise der BRD gegen das Erstarken der demokratischen und sozialistischen Bewegung im Land. Ihre entscheidenden Impulse erhält die Bewegung von der DKP. Gegen diese wird der Hauptstoß geführt — der Schrubbbers-Bericht des vermeintlichen Bundesamtes für Verfassungsschutz und die Stellungnahme der Bundesregierung, der CDU/CSU und der FDP illustrieren das. Sie illustrieren darüberhinaus das Versprechen der SPD-Führung „mehr Demokratie zu wagen“, als der Versuch, den Gutgläubigen mehr Sand in die Augen zu streuen. Denn während zum Beispiel die progressiven Kräfte für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau kämpfen und in der Bevölkerung geduldige Aufklärungsarbeit leisten, initiiert die organisierte Rechte Kundgebungen mit Dauervertriebenen und professionellen Neofaschisten, auf denen dem Kanzler mit dem Galgen gedroht wird. Mit Verbotsdrohungen belegt und diskriminiert aber werden die DKP und Spartakus. Daran zeigt sich, wer in Wirklichkeit ein gestörtes Verhältnis zum Grundgesetz hat: nicht diejenigen, die die darin verkündeten demokratischen Grundrechte und Grundsätze achten, wie die DKP und der MSB SPARTAKUS, sondern die, welche die Sozial- und Rechtsstaatlichkeit durch Notstandsgesetze aushöhlen und deren Tatkraft zur Diffamie-

nung der Linken ausreicht, angesichts des Kampfes gegen die neonazistische Front jedoch versiegt. Wer, wie der Parlamentarische Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, von Dohnanyi, SPARTAKUS als möglichen „Krebsschaden an den deutschen Universitäten“ bezeichnet, muß sich unterstellen lassen, daß er damit den Boden vorbereiten will für Pogromstimmungen gegen Kommunisten, Spartakisten und alle, die links von Schmitt-Vockenhausen stehen.

### Aus dem Inhalt

5 Auf dem Weg zur Europäischen Sicherheitskonferenz

11 Thesen zur Hochschulpolitik

16 Zur innerverbandlichen Demokratie und Organisation des SPARTAKUS

21 Die katastrophale Wohnsituation der Studenten

24 Phantome statt Bildung

28 Unter dem Banner des Nationalismus

Untersucht man, was die bürgerlichen Politstrategen und ihre publizistischen Widerkäuer am Verhältnis des Spartakus zur Arbeiterpartei der Bundesrepublik stört, findet man schnell den Grund.

So konstatiert die Frankfurter Rundschau am 24. 5. 71 das partnerschaftliche Verhältnis des MSB zur Kommunistischen Partei und meint dann, daß, würde dieser „Ballast“ abgeworfen, Spartakus zum „dominierenden Studentenverband an bundesdeutschen Hochschulen“ werden könnte. Aufgrund seiner subjektivistischen Betrachtungsweise ist dieser „Beobachter“ (auch vom bürgerlichen Standpunkt) nicht in der Lage, die Brisanz des Bündnisses von Arbeiterklasse und studierender Jugend richtig einzuschätzen.

Als Verbündeter der Arbeiterklasse und ihrer Partei ist Spartakus an den Hoch- und Fachhochschulen ein wichtiges Kettenglied in der antimonopolistischen Front. Der MSB bildet die Klammer zwischen den unmittelbaren Interessen der Studierenden und ihren langfristigen Interessen als Teil, bzw. als Verbündete der Arbeiterklasse. So stellt denn auch der „Bayern-Kurier“ vom 5. 6. mit Unbehagen fest, daß im Gegensatz zur „selbst-verschuldeten Isolierung“ der Vorläufer des Spartakus, dieser „beachtliche“ Kontakte zu Betriebsräten und organisierten kommunistischen Arbeitern habe.

## Klare Linie — das „Erfolgsgeheimnis“ des Spartakus.

Die bürgerlichen Schreiber polemisieren gegen den Marxismus, dessen Schlüssigkeit und Stringenz sie im gleichen Atemzug feststellen müssen; die Formulierung vom wissenschaftlichen Sozialismus als von einem „leicht faßbaren“, „geschlossenen und überall anwendbaren Weltbild“ (Handelsblatt vom 3. 8.) zielt natürlich auf eine Simplifizierung und ist abwertend gemeint. Das kann nicht verwundern bei Vertretern einer Ideologie, deren Apologeten angesichts der Dollarkrise weder mit einer „leicht faßbaren“ und „anwendbaren“, geschweige denn glaubhaften Beurteilung der vorgeblichen Qualitäten des Kapitalismus aufwarten konnten. In den streckenweise grotesken Winkelzügen dieser Kapitalismusverteidiger ist ablesbar, daß der Sozialismus universelle Bedeutung bekommen und in der Bundesrepublik als Alternative an

le Mißerfolge — durchaus Einfluß haben auf die Kampfbedingungen im eigenen Land. Der aufopfernde Kampf der Völker Indochinas und ihrer Jugend, der wesentlich dazu beitrug, das wahre Gesicht der amerikanischen „Freiheitskämpfer“ deutlich zu machen, ist ein Kampf, der auch für die Zukunft der jungen Menschen in der Bundesrepublik geführt wird. Die Opfer, die sie bringen, bringen sie für das, was den Sozialismus ausmacht: für ein menschenwürdiges Leben ohne Krieg. Ihnen gehört darum unsere leidenschaftliche Solidarität.

Spartakus ist erfolgreich, weil er sich nicht von Illusionen leiten läßt. „Das Feindbild des Spartakus ist klar umrisen“, schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 26. 5., „(es ist) der staatsmonopolistische Kapitalismus.“ Zweifellos: Friedrich Flick, Gräfin Anita Zichy-Thyssen, Ernst von Siemens, Helmut Horten, Johannes von Thurn und Taxis, Otto Wolff von Amerongen, August Oetker und Konrad Henkel und ihrem Staat wäre

aus 49,6% Arbeitern und 26,4% Angestellten zusammen), sondern auch der Beobachtung einiger „Phänomene“ und „Phantome“, beispielsweise in Italien und Frankreich (im kleineren Maßstab auch in der Bundesrepublik und in England), wo eine nichtexistierende Arbeiterklasse in den Generalstreik tritt. Die Zweifel an der Existenz der Arbeiterklasse sind übrigens bei Unternehmern weit weniger verbreitet, als bei sinnierenden Liberalen oder freischwebenden „undogmatischen“ „Marxisten“.

Weiter ist offenkundig — trotz zeitweiliger Rückschläge — das Anwachsen des nationalen und sozialen Befreiungskampfes in Asien, Afrika und Lateinamerika. Als entscheidendes Merkmal der politischen Landschaft heute muß gewertet werden, daß die konsequente Außenpolitik der sozialistischen Länder die kapitalistischen Staaten, in erster Linie die USA, zwingt, in Europa ihre Strategie des Kalten Krieges nach und nach aufzugeben.



Gewicht gewonnen hat. Bestandteil des „Erfolgsgeheimnisses“ des Spartakus — nach dem in nahezu allen Berichten geforscht wird — ist, daß er in seiner politischen Tätigkeit auf dem Leninismus, dem Marxismus unserer Zeit, aufbaut, von der Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung zu lernen versucht und den wissenschaftlichen Sozialismus als Anleitung zum Handeln studiert und nicht als genießerisch zu akkumulierende Theorie.

Spartakus ist aber auch erfolgreich — und das ist ein Aspekt, der den Horizont der bürgerlichen Kolumnisten nachweislich übersteigt — weil er Teil ist der internationalen antiimperialistischen Studentenbewegung und insofern Teil der weltweiten antiimperialistischen Front. Es ist keineswegs Rethorik, wie „Linksexperten“ das gerne verbreiten, wenn wir feststellen, daß der globale Kampf gegen den Imperialismus und das internationale Monopolkapital organisch verklammert ist und Erfolge — oder partiell

lieber, wir hätten ein verschwommeneres Feindbild; genehrner wäre ihnen auch mehr „Unabhängigkeit“ vom Vorbild des real existierenden Sozialismus. Nur widerspräche eine solche Politik der materialistischen Geschichtsanalyse. Denn diese Analyse zeigt: der Kapitalismus ist eine zum Anachronismus gewordene Gesellschaftsordnung, aufgrund der geschichtlichen Dynamik verliert er weltweit an Boden.

Daß die Klassenkämpfe in den imperialistischen Ländern sich verschärfen, ist seit dem Pariser Mai selbst einigen Liberalen aufgegangen. Daß die Arbeiterklasse, „jenes abstrakte Gebilde, das nur durch Sprachschöpfung zur Realität wird“, wie es in der „Zeit“ vom 22. Juli heißt, unabhängig von den Zweifeln liberaler Journalisten existiert, hätte jener Sprachschöpfer nicht nur den — bürgerlichen „Klassenanalyse“ verpflichteten — Angaben seines Blattes entnehmen können (nach der „Zeit“ vom 28. 11. 69 setzt sich die erwerbstätige Bevölkerung der BRD

## SPARTAKUS: Krebs an bundesdeutschen Universitäten

## Bundesdeutsche Bildungspolitik: Die hohe Schule des Flickwerks

Das zu erkennen ermöglicht, die Veränderungen im politischen Kräftefeld der Bundesrepublik selbst einzuschätzen. Diese Veränderung ist gekennzeichnet durch die Übernahme der politischen Geschäftsführung durch eine sozialliberale Koalition, welche wendiger scheint, den neuen Kräfteverhältnissen zu entsprechen, welche auf Integrationsmodelle setzt und durch eine Taktik der minimalen Konzessionen die Offensive der proletarischen und demokratischen Kräfte unterlaufen zu können glaubt.

Spartakus ist erfolgreich, weil er die Strategie der Herrschenden im Wissenschafts- und Ausbildungssektor wachsenden Teilen der Studentenschaft aufzeigen und ihnen seine demokratischen Alternativen vermitteln kann. Gekennzeichnet ist die Situation im Bereich Wissenschaft und Ausbildung durch den Versuch des Großkapitals, auf der Grundlage der Finanzverfassungsreform von 1969 mit Hilfe eines breitgefächerten Instrumentariums die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Bildungsplanung und Bildungspolitik bei inhaltlicher Unsicherheit, aber zunehmender Verfestigung

des formalen Rahmens in Form kurz- und mittelfristiger Kompromißentscheidungen zu lösen. Instrumente sind das Hochschulrahmengesetz, das Hochschulstatistikgesetz, das Bundesausbildungsförderungsgesetz und — auf anderer Ebene — die Kultusministerkonferenz, die Westdeutsche Rektorenkonferenz, der Wissenschaftsrat, der Bildungsrat, die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung u. a. m.

Spartakus ist erfolgreich, weil er eine konsequente Bündnispolitik betreibt, dabei die organisatorische Selbständigkeit des Partners respektiert und solidarische Diskussionen führt über die unterschiedlichen Standpunkte. Die Praxis an Hochschulen wie Bonn, Marburg, Hamburg usw. zeigt: mit dem Spartakus ist bislang auch immer sein maßgeblichster Bündnispartner gewachsen!

#### Journalismus der marschierenden Knobelbecher

Die Rolle des Chormeisters der publizistischen Haßtiraden gegen den MSB hat die „Welt“ übernommen. Die auf geistigem Ödland angesiedelten Kommentare des Blattes dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß man es hier mit dem Pressesprecher der aggressivsten Fraktion der Monopolbourgeoisie zu tun hat, den Exponenten des Militärisch-Industriellen-Komplexes. Nicht zuletzt auf ihr Betreiben wurde im Bundestag die Kleine Anfrage über Spartakus eingebracht.

Flankiert wurde sie von zwei außergewöhnlichen Artikeln in der „Welt“, vom 15. 7. und vom 28. 8. Außergewöhnlich deshalb, weil sich hier in konzentriertester Form die totale Pervertierung des bürgerlichen Demokratiebegriffes kristallisiert. Der Verfasser baut Spartakus als Buhmann auf. Indem er Ausschreitungen anarchistischer Sektierer in seinem Anti-Spartakus-Artikel beschreibt („Ungestraft schleppen in Berlin Studenten einen Professor an Händen und Füßen zwecks Fenstersturz über den Flur.“) suggeriert er eine Urheberschaft des MSB. Das zielt eindeutig auf eine Kriminalisierung des Spartakus. Unterstützung findet dieser „Demokrat“ von der „Deutschen National-Zeitung“, die in ihrem Artikel vom 6. August schreibt, Spartakisten hätten „in Kuba, im Vorderen Orient oder in den Ostblockstaaten eine Ausbildung mit der Waffe, in Bürgerkriegsmethoden und in Sabotage genossen“. Das weitergesteckte Ziel ist erkennbar; in der „Welt“ vom 15. 7. wird es, kaum noch verschlüsselt, formuliert: „Es fehlt an überzeugender Autorität.“

Was in manchen Gazetten verklausuliert vorgebracht wird: bei Springer steht es ohne feuilletonistische Drapierung. Da wird den Mitgliedern des MSB jedes eigene politische Urteilvermögen abgesprochen und ungeschminkt die Auflösung des Verbandes gefordert, sekundiert vom RCDS (vgl. dessen „Pressemitteilungen“ vom 12. 8. 71). Da diffamiert man



Roland Lang

#### Warum „rote blätter“?

**SPARTAKUS** steht im Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen. Er wird attackiert von allen Fraktionen der Bourgeoisie. Dabei entstellt man die Politik des MSB und verfälscht sie, baut einen Popanz auf, der mit dem wirklichen Verband und seinen Zielen nichts gemein hat. Ein Teil der Reaktion propagiert dabei den massiven Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten: hinter den gesetzlich umzäunten Profitweiden der Wirtschaft und den Lern- und Forschungsfabriken der Wissenschaft soll es keine Demokratie geben.

**SPARTAKUS** hat in der „pluralistischen“ bürgerlichen Presse wenig Möglichkeiten sich der konzentrierten Hetze der vereinigten Reaktion und ihrer beamteten und journalistischen Fußtruppen zu erwehren. Eine dieser Möglichkeiten ist die Darstellung und Klarstellung seiner Politik in den „roten blättern“. Wer an der Arbeit des **SPARTAKUS** interessiert ist, wer erfahren will, was der Verband will, für was er kämpft, für den sind die „roten blätter“ die authentische Quelle.

Mit ihrem Erscheinen wird das Monopol der rechten Studentenverbände gebrochen: ihren zentralen Publikationen, mit denen sie bundesweit die Universitäten und Fachhochschulen regelmäßig überschwemmen, stellen wir die „roten blätter“ entgegen. Neben der praktischen Politik des MSB werden sie dazu beitragen alle Studenten, welche die Notwendigkeit einer Demokratisierung im Bereich von Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der Werktätigen erkannt haben, auf das gemeinsame Ziel zu orientieren und ihren Kampf zu vereinheitlichen.

demokratische Wahlen, weil den studentischen Hiwis der Barzel-Strauß-Springer satte Abfuhren erteilt wurden; da wird das Märchen von den „Zufallsmehrheiten“ und der „schwachen Wahlbeteiligung“ bei SP-Wahlen verbreitet, da wird unterschlagen, daß von Spartakus geführte ASten z. B. in Bonn, Karlsruhe und Marburg bei einer Wahlbeteiligung von über 40% gewählt wurden; das ist weit mehr als in den 50er Jahren, da die Jungmannen der Bonner Parteien die ASten besetzt hielten. Da „vergibt“ man, daß zum AStA-Vorsitzenden der PH Rheinland mit 58% der Stimmen ein Spartakist gewählt wurde — bei einer Wahlbeteiligung von 60%.

Da stellt ein Bezahlter jenes Mannes, dessen US-Hörigkeit sprichwörtlich ist, der sich für den Krieg der USA in Indochina begeistert, der die Toten von Kent entschuldigt, der My Lai entschuldigt, der für Diem und Thieu schwärmt, der Kuras deckt, der zum Mordanschlag auf Dutschke animiert und der Tag für Tag den Arbeitern die Schicksalhaftigkeit ihrer Unterordnung predigt, da spricht solch ein Mann Axel Springers von „Rot gleich Braun“: „Der linke Extremismus boykottiert ‚bürgerliche‘ Professoren, der rechte damals schrie jüdische Gelehrte nieder.“ Da wird Rubin neben Carl von Ossietzky gestellt; da wird der Protest gegen die Wahl des in Marxismus dilettierenden Spätadligen Lobkowicz zum Rektor der Münchner Universität verglichen mit dem Begeifern der Brüder Mann, Einstein und Klemperers. Da machen sich 1971 zu nachgeborenen Widerstandskämpfern die Speichellecker von Nixon, Franco und Vorster.

Eines ist sicher: dieser Sorte der Spartakus-Kritiker und ihrer Hintermänner sind auch die nichtmarxistischen Demokraten ein Greuel. Die „überzeugende Autorität“, nach der sie rufen, würde auch vor Linksliberalen, Jusos und Judos nicht Halt machen. Da würden alle, die ihr nicht Reverenz erweisen, kurzerhand zu „nützlichen Idioten“ des Spartakus erklärt, die es von der politischen Bühne zu entfernen gelte.

#### Antikommunismus mit „linkem“ Zuckerguß

Ein anderer Teil der bürgerlichen Presse empfiehlt differenziertere Methoden, dem demokratischen Kampf des MSB an den Hoch- und Fachhochschulen zu begegnen. Bezeichnend für diese Strategen ist u. a. ihr Operieren mit Marx- und Engels-Zitaten (Publik). In ihren Artikeln versu-

#### Den Wissenschaftsbereich hat die bürgerliche Ideologie monopolisiert!

Ihren deutlichsten Niederschlag findet die Heuchelei der bürgerlichen Journalisten in ihren Kommentaren über den weltanschaulichen Pluralismus im Hochschulbereich, über die Existenzberechtigung auch des Marxismus an bundesdeutschen Universitäten und Fachhochschulen. Da möchte selbst die „Welt“ nicht zurückstehen und beteuert, sie sei für die „Komplettierung wissenschaftlicher Fragestellung auch durch Marxisten“ (15. 7.). Das „Handelsblatt“ meint, die Forderung nach marxistischer Betrachtungsweise an der Hochschule sei „eine legitime Forderung“ (3. 8.). Und die Bundesregierung erklärt, selbstverständlich gäbe es Lehrfreiheit für Marxisten. Unwillkürlich schaut man sich angesichts dieser Klarheit nach den vielen Marxisten um, die es angeblich im Lehrbetrieb der Hochschulen geben darf und geben soll. Was entdeckt man? Die verbale Schminke vom „weltanschaulichen Pluralismus“ verdeckt kläglich eine Realität, in der die Träume von „Welt“ und „Deutscher National-Zeitung“ Wirklichkeit sind, in der, unter nachweislichem Verfassungsbruch, Marxisten ihrer politischen Anschaung wegen schwer diskriminiert werden — siehe Professor Horst Holzer, siehe Karl-Heinz Henne. In der statt dessen „Schwarze Listen“ angelegten (siehe Professor Repgen), die verhindern sollen, daß politisch Linkst stehende akademische Lehrämter bekommen und in der ein SPD-Wissenschaftsminister Rau demokratisch durchgeföhrte Wahlen wie ein mittelalterlicher Potentat annuliert, weil ihm die politische Meinung der Gewählten mißfällt. — So sieht die Praxis aus.

Vor dem Hintergrund dieser Praxis wirft man dem Spartakus vor, er wolle mit seiner Forderung „Marx an die Uni“ den Wissenschaftsbetrieb monopolisieren! Fakt ist doch: nicht die Marxisten, sondern die akademischen Schleppenträger der herrschenden Klasse haben den Bereich von Wissenschaft und Ausbildung monopolisiert. Das Gerede vom weltanschaulichen Pluralismus erweist sich als Phrase: Vertreter der Großbourgeoisie, die sich selbst lautstark als Antikommunisten bezeichnen, behalten sich vor, zu entscheiden, was Marxismus ist und was nicht! Sie praktizieren die Freiheit für Marxverfälscher, nicht die Freiheit für Marxisten und Kommunisten.

Fortsetzung Seite 6

chen sie, durch einen oberflächlich „neutralen“ Zungenschlag ein Demokratieverständnis darzustellen, das sich erlauben darf, über Spartakus zu richten. Behutsam geht man daran, die antikapitalistische Front auseinanderzudividieren. So warnt die „Morgenpost“ vom 6. 8. davor, es sich so bequem zu machen, wie der Verfassungsschutz „und alle Differenzierungen unter linken Gruppen an der Universität mit dem Einheitsbegriff ‚Kommunismus‘“ zu erschlagen. Vielmehr komme es darauf an, die Politik der einzelnen Gruppen zu verfolgen. Im Klarertext: eine „linke“ Politik, die mit exotischen Abziehbildern hausieren geht und Antisowjetismus verkauft, ist für die Herrschenden ungefährlich; ebenso wie die Schüler- und Studentenparteien, die sich „KP“ nennen und überall sozialistische Wirklichkeiten entdecken, nur nicht in den sozialistischen Ländern. Sie mit DDR-Freunden in einen Topf zu werfen und unterschiedslos zu bekämpfen, könnte zu unliebsamer Solidarität führen.

Empfindlich reagieren diese Schreiber (die im Unterschied zur „Welt“ eine aufgeschlossene Leserschaft haben) auf die elementaren theoretischen Ausgangspositionen des Spartakus, seine Propagierung der führenden Rolle der Arbeiterpartei, die Betonung des Zusammenhangs zwischen demokratischen und sozialistischen Kampf und der gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Studenten. Die Behauptung von der führenden Rolle der Arbeiterklasse sei „dogmatisch“, erklärt „Publik“ und verweist auf „Marxisten“, wie Sartre u. Garaudy, deren Funktion anhand derartiger Beispiele augenfällig wird. Der Publik-Schreiber läßt durchblicken, daß er „Was tun“ und „Lohnarbeit und Kapital“ kennt. Im Spartakus beschränke sich die Lektüre „vorwiegend“ auf diese Titel. Im übrigen sei zu vermuten, daß die politische Linie des MSB ihre Ursache habe in „sozialpsychologischen Mechanismen“, wonach „Minderheitsgruppen zu extremen Reaktionen“, wie z. B. „dogmatische (r) Verhärtung“ neigten. Für diesen Feierabendphilosophen stellen sich das sozialistische Weltsystem samt des Millionenheeres der damit solidarischen Kommunisten und Sozialisten als „Minderheitsgruppe“ dar!

# Auf dem Wege zur Europäischen Sicherheitskonferenz

Westberlin-Abkommen – Wichtiger Schritt zur friedlichen Koexistenz in Europa

Daß die Westberlin-Vereinbarung der vier Regierungen schon lange vor der Unterzeichnung weltweit Schlagzeilen machte, entspricht ihrer internationalen Bedeutung. Inzwischen ist die Regelung mit all ihren Einzelheiten bekannt. Die Veröffentlichung der Vertragstexte am 3. September war zugleich ein Schlag ins Gesicht für alle Gerüthemacher und Polit-Akrobaten.

Entgegen allem Gerede von einer sog. Berlin-Regelung, enthält das Abkommen neben den allgemeinen Festlegungen nur „Bestimmungen, die die Westsektoren Berlins betreffen“. 1). Allen Spitzfindigkeiten über Einzelheiten der völlig unmaßgeblichen deutschsprachigen Übersetzung zum Trotz haben die Botschafter der vier Regierungen in allen Punkten die volle Souveränität, d.h. die oberste Entscheidungsbefugnis der DDR über ihr gesamtes Territorium (einschl. ihrer Hauptstadt und der Transitwege) völkerrechtlich verbindlich anerkannt, haben sie unmißverständlich klargestellt, daß Westberlin „so wie bisher kein Bestandteil (constituent part) der Bundesrepublik Deutschland (ist) und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“ darf. 3)

**Warum messen die marxistischen Studenten in der BDR dieser Übereinkunft so große Bedeutung bei?**

Die Vereinbarungen über Westberlin zeigen erneut, daß auch die reaktionären Kräfte mehr denn je gezwungen sind, die tatsächliche Konstellation in der Welt zu einem Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zu machen. Vorbei sind die Zeiten, da das Westberliner Abge-



3. 9. 71: Unterzeichnung des Berlin-Abkommens durch die vier Botschafter.

ordnetenhaus die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik mit der unverblümten Forderung an die drei westlichen Besatzungsmächte beantworten konnte, „den Anschluß von Groß-Berlin (also einschl. der Hauptstadt der DDR, d. Verf.) an die Bundesrepublik genehmigen zu wollen.“ 4) Vorbei ist die Zeit, da der Westberliner Sozialdemokrat, zur Frage, wie dieselben Kreise ihre Ziele durchsetzen wollten, offen schreiben konnte: „Berlin ist einen Krieg wert.“ 5)

Jahrelang haben die imperialistischen Kreise, getrieben von der Wahnvorstellung, die DDR im Handumdrehen liquidierten zu können, Westberlin nur die Rolle der „billigsten Atombombe der Welt“ 6), der „Frontstadt des kalten Krieges“ zugedacht, ein politisches Konzept, das die Welt nicht nur einmal an den Rand des Atomkrieges brachte und für Westberlin eine gewaltige Arbeitslosenquote (1949/50: 300 000), die permanente ökonomische Kriese bedeutete.

Fortsetzung Seite 7

Ihre Angst und ihre Heuchelei hat einen Grund: sie wissen, daß im Wettbewerb zwischen bürgerlicher und marxistischer Wissenschaftstheorie ihre Anschauung nicht bestehen kann; sie ist nicht mehr lebensfähig. Der ideologischen Auseinandersetzung kann sie sich nicht stellen, ohne als das erkannt zu werden, was sie ist: „höheres Blech... in der Philosophie, in der Politik, in der Ökonomie, in der Geschichtsschreibung, höheres Blech auf Katheder und Tribüne.“ (Engels)

#### Ein Schlag, der alle treffen soll

Auch diese SPD/FDP-Regierung hat — von ihren Vorgängerinnen ganz zu schweigen — in der Bildungspolitik versagt. Sie hat die Hoffnungen vieler enttäuscht. Der Wissenschafts- und Ausbildungsbereich wurde nicht einmal ansatzweise demokratisiert; im Gegenteil: demokratische Rechte wurden und werden systematisch abgebaut. Die soziale Lage der Lernenden und Studierenden ist nicht verbessert, sondern verschlechtert worden, siehe Bafög.

Von diesem Versagen, das sich durch keine noch so raffinierte Pressepolitik verschleiern läßt, möchte die sozialliberale Regierung in der Studentenschaft, in der Öffentlichkeit, durch ihre Kampagne gegen den Spartakus ablenken. Sie möchte ablenken davon, daß im Vergleich zur Bildungspolitik der CSU/CDU keineswegs eine entscheidende Wende zum Besseren der Jugend stattgefunden hat. Sie sucht sich einen Prügelknaben. Nach dem Motto „Haltet den Dieb“ lenkt sie von der eigenen Schuld ab, verfolgt sie Studenten und progressive Lehrer und baut sie als die Schuldigen der Misere auf. Dabei kalkuliert die Regierung be-

wußt mit dem Beifall von Ultrarechts. Sie ist sich denn auch im Verein mit der NPD in ihrem Urteil über den Spartakus einig.

Möge sich niemand täuschen lassen: der Adressat der auf breiter Front gestarteten Kampagne ist nicht nur Spartakus. Im Visier sind alle Kräfte an den Hoch- und Fachhochschulen, welche die SPD/FDP-„Reform“ in Richtung „demokratische Hochschule“ als das bezeichnen, was sie ist: als Totgeburt. Zuerst soll der Schlag gegen die engagierteste Organisation geführt werden, gegen Spartakus. Man wird dann vor anderen Verbänden langfristig nicht Halt machen. Man wird den SHB zu zerschlagen versuchen. Man wird auch die progressiven Kräfte bei den Jusos, Judos, in der GEW und der BAK nicht verschonen. Unter der Verdächtigung: „unterwandert“, „hörig“ und „kommunistenfreundlich“ zu sein und in maßloser Verachtung der Selbständigkeit politischen Denkens erwachsener Bürger soll allen, die sich der nahtlosen Ausrichtung von Wissenschaft und Studium auf die Interessen des Großkapitals entgegensetzen, der Garaus gemacht werden. Sie, die unablässig Vokabeln wie „demokratisch“, „tolerant“ und „verantwortungsbewußt“ im Munde führen, sie werden mit allen Mitteln gegen den MSB und die Linken und Linksliberalen arbeiten: mit Erpressung, Diffamierung und Diskriminierung; mit Fälschungen und mit Lügen. Sie gehen daran, die demokratische Opposition zu kriminalisieren. Sie, die sich einig sind, werden die Linke auseinanderzudividieren versuchen; sie werden versuchen, die „Radikalen“ von den „Gutwilligen“ zu trennen, um dann beide besser zerschlagen zu können. Denn das ist ihnen klar: die Festigung der demokratischen Front im Ausbildungsbereich muß auch Einfluß bekom-

men auf andere gesellschaftliche Bereiche.

Wir haben keinen Grund, unsere Kaltblütigkeit aufzugeben. Spartakus nimmt die Drohungen gegen ihn und die linken Kräfte ernst; der Einfluß des Konzernkapitals auf die administrativen und bürokratischen Hebel des Staatsapparates wird von uns realistisch eingeschätzt. Aber wir lassen uns nicht provozieren. Der organisierten Hetze und Hysterie werden wir die Wissenschaftlichkeit unserer Argumente, die Parteinahme für die lohnabhängige Bevölkerung und die Beweismittel der Wirklichkeit entgegensetzen. Diese Wirklichkeit zu verstehen und abzudunkeln, fällt den Herrschenden immer schwerer. Mehr und mehr Menschen erkennen die Widersprüche und die Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie erkennen sie, weil sie existieren, und nicht, weil Sozialisten und Kommunisten sie ihnen einreden.

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Die Erpressungen werden wir nachweisen. Die Diskriminierungen werden wir aufzeigen. Die Fälschungen werden wir widerlegen. Spaltversuche werden wir verhindern. Dadurch werden wir vielen die Augen öffnen über die Doppelzüngigkeit und Heuchelei der Herrschenden; unsere Basis wird sich erweitern. Wir werden in dieser Auseinandersetzung nicht allein stehen. Die Geschäftsführer der Monopolbourgeoisie versuchen die Demokratie, das Lebenselement aller fortschrittlich Denkenden, zu vergiften. Betroffen ist nicht nur Spartakus. Alle, die für die Freiheit des MSB eintreten, kämpfen für die Sicherung auch ihrer Freiheiten und Rechte. Und die Zahl derer, die für die Erhaltung und Erweiterung dieser Rechte zu kämpfen bereit sind, wächst unaufhaltsam.

**Erscheint in diesen Tagen!**

# **Protokoll des 1. Bundeskongresses**

Als Taschenbuch. Ca. 420 Seiten.  
Mit Fotos. Etwa 6,— DM

# **des MSB SPARTAKUS**

**Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS — Hauptreferat — alle Diskussionsbeiträge — Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerklärung — Auszüge aus der Diskussion — Grundsatzerklärung — Satzung — Pressepiegel — Manuskript der „report“-Sendung — u. a. m.**

Bestellungen an: Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS

53 Bonn, Sternenburgstraße 73

## Was ist eigentlich der Berliner Extra-Dienst

Ein zweimal wöchentlich erscheinendes linkes Nachrichtenblatt, das ist bekannt. „Mit über 4.000 Abonnenten der größte Nachrichtendienst in der Bundesrepublik und West-Berlin“ — auch diese Mitteilung aus der „Süddeutschen Zeitung“ ist nichts Neues.

Willy Brandt meint, der ED sei „nicht das geeignete Organ, in dem sich Sozialdemokraten verständlich machen sollten“, für die Münchener „Abendzeitung“ sind wir „nicht gerade ein Organ der Liberalen“, für den Südwestfunk „dem liberalen APO-Flügel nahestehend“ und für „Capital“ gar „SPD-nah“.

In der „Welt“ ist zu lesen: „Die wohl engsten Kontakte nach Ost-Berlin pflegt heute das einstige Monopolblatt der APO, der Berliner EXTRA-Dienst“. Der Verfassungsschutz des Herrn Neubauer charakterisiert ED als „Sprachrohr des mit der SEW sympathisierenden Teils der APO“, denn ED „lehnt wie die SEW die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus tak-tischen Gründen ab“.

Weitere Attribute für ED: „kommunistische Propagandaküche“ (CDU-„Berliner Rundschau“), „rot-revolutionär“ (NPD-„Deutsche Nachrichten“), „Völkischer Beobachter der Berliner APO“ (so die rechte Studentenzeitschrift „da“), „antikommunistisch“ und „revisionistisch“ (RPK), „linksradikal“ (Springers-„Morgenpost“), „antiautoritär“ („Kölner Stadtanzeiger“), „das prokommunistische Kampfblatt Berlins“ („Deutsche Tagespost“, Würzburg), „Mittelungsblatt der linken Radikalen“ (Neo-Nazi-Zeitschrift „Mut“), „ein David gegen den Goliath Springer“ (ARD-Fernsehen), „eine Art Exklusivorgan für höheren Orts als unangenehm empfundene Mitteilungen“ („Tagesspiegel“), „ein ausgemachter Bürgerschreck“ („Handelsblatt“), „zer-setzend und polemisch“ (Pressemitteilung des Pollitzelvizepräsidenten).

Erscheint zweimal wöchentlich in Westberlin, ab März 1971 im Umfang von 16 Seiten plus 8 Seiten westdeutsche Ausgabe. Monatsabonnement inklusive Porto DM 5,-.

Bitte Probeexemplare anfordern oder für ein Vierteljahr bestellen (DM 15,-). 1 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20, Telefon: 86 29 14.

**berliner  
EXTRA  
dienst**

Diese Tatsachen sind aus dem sorgfältig gefilterten Geschichtsbild, daß in diesen Wochen - regierungsmäßig vorbereitet - wieder in Millionenausgabe gedruckt wird, ebenso gestrichen wie Äußerungen des ehemaligen Bundesministers F. J. Strauß nach seiner USA-Reise im Juli/August 1961, die das abenteuerliche Konzept der politischen und militärischen Eskalation mit geradezu verblüffender Klarheit zu Tage brachten: „Unsere Planung (in der Berlin-Krise): im Anfang diplomatisch-politische Schritte, in der Mitte ökonomisch technische und am Ende militärische.“<sup>12</sup> Mit den Worten des britischen Militärexperten: „Es ist die wohlerwogene Ansicht der Planungsstäbe im Bundesverteidigungsministerium, daß eine Bedrohung der Zufahrtswege nach (West-) Berlin nur wirksam von deutschen Bodenstreitkräften bekämpft werden kann, die vorsorglich in ostdeutsches Territorium eindringen . . . Bonn ist außerdem der Ansicht, daß es notwendig sein könnte, einen solchen Ablenkungsangriff durch einen vorsorglichen Atomschlag zu unterstützen.“<sup>9</sup> Alles in allem: ein „Bürgerkrieg in Ostdeutschland“,<sup>10</sup> nach der Ansicht von Strauß bei Einsatz der Bundeswehr schnell durch eine „lokali-sierte Operation“ zu lösen.<sup>11</sup> Nur wer diese Tatsachen kennt, kann ermessen, welches Unheil durch die Maßnahmen der DDR-Regierung von 13. August 1961 verhindert wurde.

### Die alten Ziele sind geblieben

Die reaktionären Kräfte haben ihre Positionen nicht freiwillig geräumt. Die Entwicklung Westberlins ist ein weiterer Beweis für die Erkenntnis von Lenin, daß die friedliche Koexistenz alles andere als eine dem Imperialismus innewohrende Tendenz ist, daß sie ihm im politischen Kampf aufgezwungen werden muß. Wer die Politik der friedlichen Koexistenz zur Kapitulation vor den Positionen des Imperialismus abstempeln will, sie zur (wenn auch als besonders geschickt bezeichneten) Variante imperialistischer Politik erklärt, der geht ebenso wie der klassische Opportunismus von der Illusion aus, der Imperialismus habe seine aggressive Grundhaltung gegenüber der organisierten statlichen Macht der Arbeiterklasse, den sozialistischen Ländern verloren. Mit einer marxistischen Be- trachtung hat das nichts zu tun.

Die zunehmende Aktivität der äußersten Reaktion in der Bundesrepublik zeigt deutlich genug, daß die alten aggressiven Ziele keineswegs aufgegeben worden sind. Mit allen Mitteln soll verhindert werden, daß die von den vier Botschaf-tern ausgehandelte Regelung wirksam werden kann. Konnte schon ihre Unter-zeichnung nicht verhindert werden, soll sie doch wenigstens ein Hebel werden, um tiefgreifende Veränderungen in den sozialistischen Ländern herbeizuführen, um sie zum Abbau ihrer Verteidigungs- mächt zu zwingen. Das ist der Grund für die ständigen plumpen Hinweise auf das Fortbestehen einer militärisch gesicher-ten DDR-Staatsgrenze. (Barzel am 23.8. 1971). Für die ultrareaktionären Kreise ist es „ein schmerzlicher Verlust“, wenn in dem vierseitigen Abkommen für Westberlin eine „gesamtdeutsche Funktion“ als besonders exponierter Teil der freien Welt.<sup>12</sup> als „Pfahl im Fleische der DDR“, wie man früher zu sagen pflegte, nicht vorgesehen ist.

Um ihren unveränderten Zielen den nötigen Nachdruck zu verleihen, treiben dieselben Kräfte den weiteren Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes, dessen politische Hauptkraft F. J. Strauß ist, mit aller Macht voran.<sup>13</sup> Zugleich wird der Versuch unternommen, im Stile Goebbelsscher Kriegsberichterstattung („Bild“, 24. 8. 1971: „Bund raus — Russen rein“) den Nationalismus erneut anzuheizen und das Gespenst von der lautlosen roten Invasion an die Wand zu malen.<sup>14</sup> Wie verhält sich nun die sozialdemokratisch geführte Regierung zu alledem?

Gerade die Auseinandersetzung um die Westberlin-Regelung hat gezeigt, daß die rechten Kräfte in der Sozialdemokratie an der abenteuerlichen Zielsetzung der CDU/CSU grundsätzlich nichts auszu-setzen haben. Denn wie soll es anders verstanden werden, wenn in Anlehnung an H. Schmidt der der SPD nahestehende Kölner Stadtanzeiger spekuliert, die von der „Bonner Opposition“ gesteckten Ziele könnten allenfalls nach der Ratifi-zierung der Verträge von Moskau und Warschau, nach dem Abschluß der Westberlin-Vereinbarungen, erreicht werden.<sup>15</sup> Daß auch die rechte SPD-Führung „die Grundlage ihrer Politik“ nach wie vor in der „Zugehörigkeit zum NATO-Bündnis“ sieht<sup>16</sup>, jener Allianz also, in der die US-Völkermord-Regierung den Ton angibt und die faschistischen Regie-rungen Griechenlands und Portugals ih-ren Platz haben, dem Rückgrat des Welt-imperialismus, die von H. Schmidt be-triebene Eskalation der Aufrüstung, das alles hat nur Sinn in dem widersprüch-lichen und gefährlichen Konzept, die Grenzen zu respektieren, um „die Grenzen zu überwinden.“<sup>17</sup>

Aus diesem Grunde mischt gegenwärtig die SPD/FDP-Regierung kräftig mit, wenn es darum geht, in den Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR durch eine unrealistische Haltung die „erwarteten“ Schwierigkeiten zu provozieren. Darum hat sie die Westberlin-Regelung zum Anlaß genommen, in ihren „Erläuterungen“ zum Vertragstext durch die Wiederholung des gesamten Lügenarsenals imperialistischer Propaganda der letzten Jahrzehnte erneut die Politik der UdSSR, der DDR, der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft in übelster Weise zu diffamieren. So sollen Illusionen über den aggressiven Charakter der bisherigen Politik der BRD in bezug auf Westberlin geweckt werden. Rechtspositionen werden konstruiert, um sie zu gegebener Zeit gegenüber der UdSSR und der DDR ausspielen zu können.

In alter Manier wird dort u. a. die These vertreten, daß ehemalige Sondergebiet Berlin sei „der Gewalt des Kontrollrates unterstellt“ gewesen. 18) Zum wiederholten Male setzt man sich so über den eindeutigen Wortlaut der entsprechenden aliierten Dokumente aus den Jahren 1944-1947 hinweg, aus denen einerseits klar hervorgeht, „daß die oberste Gewalt des Kontrollrates sich nur auf Fragen erstreckte, die Deutschland als Ganzes betrafen.“ 19) Andererseits heißt es unmißverständlich, daß „Groß-Berlin (d. h. incl. der Westsektoren, d. Verf.)“ die Hauptstadt der sowjetischen Besatzungszone ist“ 20). So wird die Tatsache, daß die Sowjetunion die ihr in ihrer Zone zustehende oberste Gewalt an die DDR abtreten konnte, zum Vorwand für die im Widerspruch zu allen offiziellen Verlautbarungen der Westmächte stehende Annektionspolitik in bezug auf Westberlin gemacht. Das Gefasel von der „theoretischen Einbeziehung Ost-Berlins“ in das Abkommen vom 3. September macht diese Hintergedanken nur noch deutlicher.

Wieder einmal zeigt sich also, wie gefährlich es wäre, dem lauthals verkündeten Entspannungswillen der Regierung der BRD blindlings zu vertrauen.

Auf der anderen Seite haben die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Klassen und Schichten ihr Handeln nie in erster Linie nach den Absichten der herrschenden Klasse ausgerichtet. Entscheidend ist zunächst die Frage, welcher Nutzen, welche Möglichkeiten sich ergeben.

Welche Möglichkeiten ergeben sich aus der Westberlin-Regelung für eine fortschrittliche Hochschulpolitik im Interesse der Studenten?

Trotz allen demagogischen Geplänkels um die Kosten der sog. Strukturreformen zeigt sich immer deutlicher, daß die dringend notwendige quantitative Ausweitung des Bildungswesens — Voraussetzung gerade für die Brechung des impe-

An die Redaktion  
der „Deutschen Universitäts-Zeitung“

53 Bonn, Am Friedensplatz 10

den 13. 8. 71

Sehr geehrte Herren!

Wie ich der 1. Augustnummer Ihrer geschätzten Zeitschrift entnehme, verfügen Sie über nähere Informationen über meine 3-stündige Rede auf dem 8. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Als ständiger Leser Ihrer Zeitschrift weiß ich die Objektivität Ihrer Berichterstattung stets zu würdigen.

Ich nehme daher an, daß es nur an meinem angegriffenen Gesundheitszustand liegt, wenn ich mich unmöglich daran erinnern kann, auf dem 8. Parteitag der SED eine Rede gehalten zu haben.

Da ich auch in den Protokollen des 8. Parteitages sowie im „Neuen Deutschland“ den Text meiner Rede nicht wiederfinden konnte, wäre ich Ihnen zuerst verbunden, wenn Sie mir einen Durchschlag der Rede beschaffen könnten, da wir dieses Material für unser Verbandsarchiv dringend benötigen.

Mit freundlichen Empfehlungen

Ihr treuer Leser Christoph Strawé.

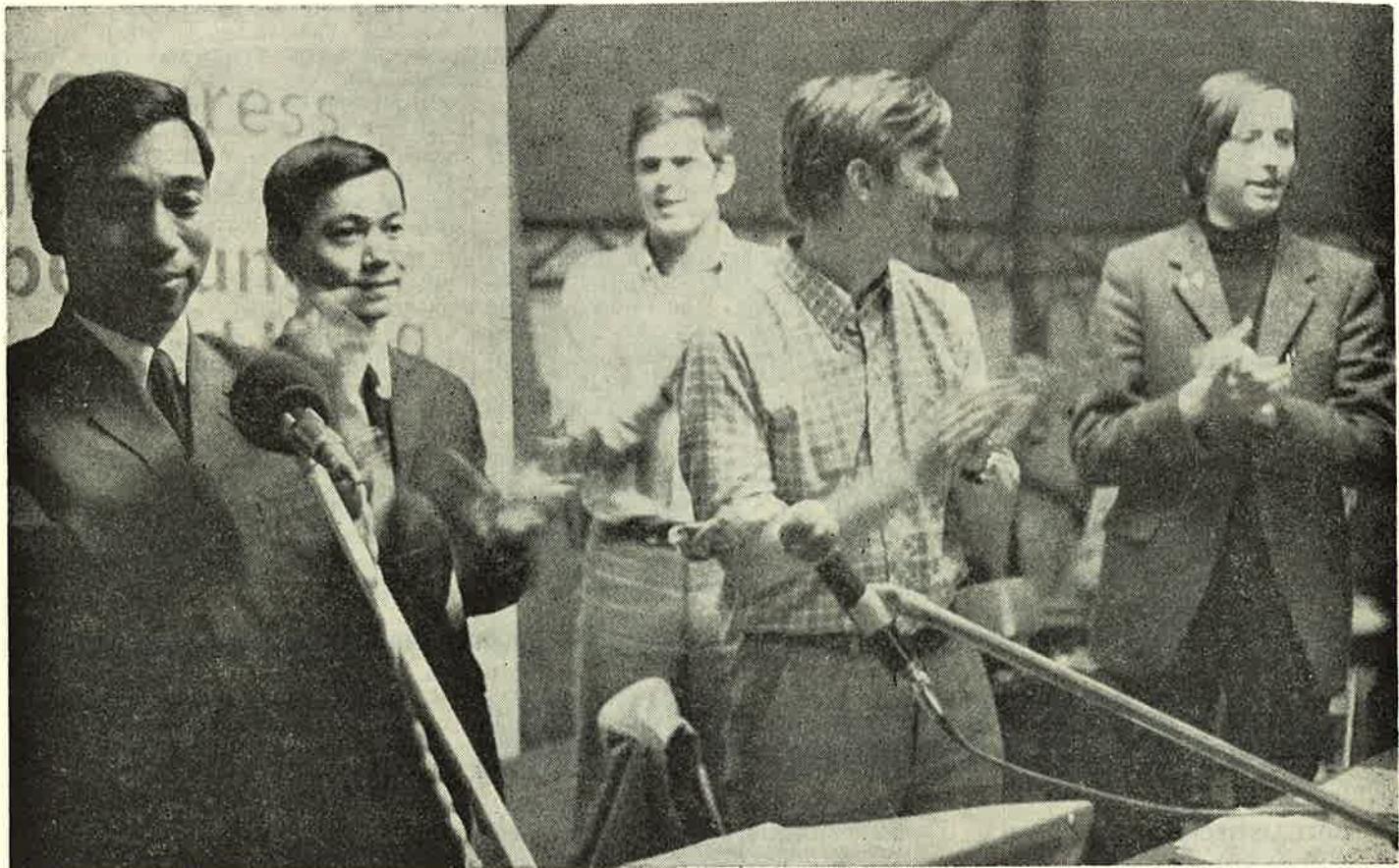
rialistischen Bildungsprivilegs — die gegenwärtigen Möglichkeiten der dafür zuständigen Länder und Gemeinden weit übersteigt. 21) Die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik wollen diese Kosten durch drastische Steuererhöhungen auf die arbeitenden Menschen abwälzen. Die von der SPD/FDP-Regierung geplanten Verbesserungen in puncto Steuererhebung, die im übrigen die Monopolprofite unangetastet lassen, sollen den Speck für die Mausefalle abgeben. 22) Die Westberlin-Regelung schafft hier neue Möglichkeiten für demokratische Alternativen:

Jeder Schritt auf dem Weg zur Entspannung ist ein Schlag gegen das Märchen von der Notwendigkeit immenser Rüstungsausgaben.

Dieser Einsicht wollen die Herrschenden durch verschärften Antikommunismus, durch die Verbotsdrohungen gegen DKP und SPARTAKUS begegnen. 23) Es ist die Aufgabe auch der demokratischen Studenten in der Bundesrepublik, im ureigensten Interesse mit der Arbeiterklasse durchzusetzen, daß die Rüstungsausgaben dem Ausbau der Infrastruktur, insbesondere des Bildungswesens weichen.

- 1) Viers. Abkommen, zit. nach UZ-EXTRA, 11. 9. 71, S. 3
- 2) maßgeblich ist allein der Wortl. in engl., franz. u. russ. Sprache, vgl. Abschnitt III: Schlußbestimmungen, ebenda
- 3) Ebenda
- 4) Berlin. Quellen und Dokumente 1945-1951, 2. Halbbd., S. 2058
- 5) „Sozialdemokrat“ (Westberlin), 17. 8. 1948
- 6) Ernst Reuter in einem Interview mit „Newsweek“, März 1953
- 7) „Tagesspiegel“, 3. 2. 1952
- 8) „Spiegel“, 13. 9. 1961, S. 22
- 9) „Spiegel“, 21. 11. 1962, S. 109
- 10) dpa, 1. 8. 1961
- 11) vgl. „Frankfurter Rundschau“, 21. 7. 1961
- 12) „Die Welt“, 24. 8. 1971
- 13) F. Rische, über einige Erscheinungsformen des militärisch-industr. Komplexes in der BRD, in: Marx. Blätter, 5/1970, S. 46 ff
- 14) „Die Welt“, 24. 8. 1971
- 15) KSTA, 24. 8. 1971
- 16) Ost- und Deutschlandpolitik, Reihe Außenpolitik, Bonn 1970, S. 4
- 17) Ebenda, S. 13
- 18) Bulletin (Presse- u. Inf.amt der Bundesreg.) Nr. 127, S. 1376
- 19) J. Rshewski, Westberlin — Ein politisches Gebilde sui generis, Moskau (1965) S. 17
- 20) Bericht des Kontrollrates in Deutschland an den Außenministerrat (20. u. 25. Febr. 1947), Anlage A - Demokratisierung Berlins, zit. nach J. Rshewski, a.a.O., S. 22
- 21) „Frankfurter Rundschau“, 26. 5. 1971
- 22) „Vorwärts“, 15. 7. 1971
- 23) „Kölner Stadt-Anzeiger“, 4. 9. 1971

# Süd-vietnamesische Freiheits-kämpfer Gäste des SPARTAKUS



In der Zeit vom 10.—19. September 1971 weilte erstmals eine Delegation des Zentralrates des Jugendverbandes für die Befreiung Südvietnams auf Einladung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS in der Bundesrepublik. Die Delegation wurde geleitet von Dinh van Niem. Die Delegation nahm teil am Solidaritätskongress der Jugend — gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg am 11. September in Bremen sowie an Veranstaltungen in Frankfurt/M., Saarbrücken, Köln, Wuppertal und führte Gespräche mit Vertretern verschiedener Jugendorganisationen und Vietnam-Solidaritätskomitees.

Die südvietnamesischen Freiheitskämpfer informierten über die Situation in Südvietnam, klärten über Terror- und Un-

terdrückungspraktiken des Saigoner Thieu-Regimes und über die ansteigenden Kampfaktionen der Jugend und Studenten in den Städten Südvietnams auf. Ausführlich wurde über das 7-Punkte-Programm informiert, das im Juni von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam vorgelegt wurde und ein echtes Friedensprogramm darstellt. Die südvietnamesischen Jugendlichen bedankten sich für die Aktionen und die Hilfe vieler westdeutscher Jugendlicher, die eine wesentliche Unterstützung im Kampf des vietnamesischen Volkes sei und erklärten ihre Solidarität mit den Kämpfern in der Bundesrepublik für demokratischen Fortschritt und gegen Neonazismus, für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Die Mitglieder der SDAJ und des MSB SPARTAKUS informierten über ihre weiteren Solidaritätsaktionen. Sie treten für die Annahme des 7-Punkte-Programmes und für die Einstellung der finanziellen, politischen und moralischen Hilfe der Bundesregierung für das Saigoner Marionettenregime ein. Sie verlangen die sofortige Einstellung der Devisenzahlungen durch Bonn an die USA, die eine wesentliche Hilfe für den Völkermord in Indochina bedeuten. SDAJ und MSB „SPARTAKUS“ wollen im Rahmen der weltweiten Kampagne von Jugend- und Studentenverbänden „Jugend klagt den Imperialismus an“ verstärkt die Feinde der Jugend und Studenten anprangern, für den totalen Abzug der US-Streitkräfte aus Indochina und für die Einstellung jeglicher Unterstützung des Thieu-Regimes durch die

USA eintreten. Sie wollen einen wichtigen Beitrag leisten zur weltweiten Solidaritätsaktion „Ein Hospital für Hanoi“, die Geldspenden von mindestens 500 000 Dollar erbringen soll. Die Organisationen wollen ihre Mitarbeit in der „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“, in der u. a. auch die Jungsozialisten, die Jungdemokraten, der VDS sowie Vertreter anderer Jugendorganisationen der BRD zusammenarbeiten, verstärken. Die Organisationen setzen sich für die Einrichtung eines Informationsbüros der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnams in der Bundesrepublik nachdrücklich ein.

Die Vertreter der Jugendorganisationen für die Befreiung Südvietnams, der SDAJ und des MSB SPARTAKUS schätzen den Aufenthalt der Befreiungskämpfer in der Bundesrepublik übereinstimmend als sehr nützlich ein. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Jugendorganisationen sollen verstärkt weiterentwickelt werden. Erstmals haben viele Jugendliche in der BRD von authentischen Vertretern der südvietnamesischen Jugend Informationen über die Lage in Südvietnam erhalten. Derartige Reisen sollen fortgesetzt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, künftig auf Behinderungen und Einreiseverbote zu verzichten.

Der Bundesvorstand der SDAJ übermittelte eine Einladung an den südvietnamesischen Jugendverband, mit einer Delegation am 3. Bundeskongress der SDAJ im Frühjahr 1972 teilzunehmen.

## Solidarität in der Praxis

### Der Jugendkongress in Bremen

Am 11. September fand in Bremen der „Solidaritätskongress der Jugend — Gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg“ statt. Mehr als 2500 Teilnehmer aus der Bundesrepublik und breite internationale Beteiligung gaben dem Kongress einen eindrucksvollen Rahmen. Die DKP hatte den Veranstaltern — der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und dem MSB Spartakus — ein Superzelt zur Verfügung gestellt, nachdem sich die Herren der Stadt dagegen ausgesprochen hatten, so etwas in der Stadthalle stattfinden zu lassen.

In erster Linie gehörte die Anwesenheit des Sekretärs des Zentralkomitees des Jugendverbandes für die Befreiung Südvietnams, Dinh Van Niem, zu den hervorragenden Besonderheiten: Zum ersten Mal war es gelungen, eine Einreiseerlaubnis für vietnamesische Genossen durchzusetzen.

Die südvietnamesischen Freiheitskämpfer informierten über die Situation in Südvietnam und berichteten über die Terror- und Unterdrückungspraktiken des Saigon-Thieu-Regimes und über die wachsenden Kampfaktionen der Jugend und Studenten in den Städten Südvietnams. Ausführlich kam das 7-Punkte-Programm zur Sprache, das im Juni von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam vorgelegt wurde und ein echtes Friedensprogramm darstellt. Die Südvietnamesen bedankten sich für die Aktionen und die Hilfe der antiimperialistischen westdeutschen Jugend, die eine wesentliche Unterstützung für den Kampf des vietnamesischen Volkes sei, sie erklärten ihre Solidarität mit dem Kampf der demokratischen Kräfte in der BRD.

Nach der Auswertung der Erfahrungen des Kongresses kommt es jetzt darauf an, seine Ergebnisse zu verbreiten, möglichst alle Formen ausfindig zu machen, in denen die Zusammenarbeit von SDAJ und SPARTAKUS sich intensivieren lässt. Es geht darum, die großartige Solidarität des Kongresses — die bürgerlichen Zeitungen konnten nicht umhin, dies in ihren Berichten zuzugeben — umzumünzen in die Kampfsolidarität für die Forderungen von Lehrlingen, Studenten und Schülern.

# SOZIALISTISCHE POLITIK

Verlag und Vertrieb

SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

1 Berlin 41, Postfach 270

Postcheckkonto Berlin-West 620 10  
Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,—, der des Doppelheftes DM 8,—. Im ermäßigten Jahressubskription (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,—, der des Doppelheftes DM 6,—. Das Jahressubskription 1971 (6 Nummern) beträgt DM 18,—.

SOPO 11 (Juni 1971) enthält u. a.

Paul Boccaro I. Einführung in die Frage des staatsmonopolistischen Kapitalismus

II. Der staatsmonopolistische Kapitalismus, die Akkumulation des Kapitals und die öffentliche Finanzierung der Produktion

Funktionen und Grenzen imperialistischer Zukunftsfor- schung und Prognostizierung im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Dieter Klein Entwicklung der Klassenkämpfe und der Volkswirtschaft der Türkei

W. Erdmann Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften

Bericht Diskussionsbeiträge zur Klassentheorie und zur Revisionismuskritik

SOPO 12 (Juli 1971) enthält u. a.:

Joachim Bischoff Materielle und geistige Produktion - Sohn-Rethels 'Siegeszug' durch die nichtrevisionistische Linke

W. Roth Möglichkeiten sozialistischer Politik - Beispiel Italien

Bericht Arbeitskreis „Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus“

Thomas Müller, Bemerkungen zum Artikel „Die Sozialstaatsillusion und der Heinz Schäfer Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital“ (SOPO 6/7)

Diskussionsbeiträge zum Thema „Intelligenz im Klassenkampf“



SOPO 13/14 erscheint als Doppelheft Oktober 1971 und enthält u. a.:

Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Probleme revolutionärer Taktik heute  
Technik und Gesellschaftsstruktur  
Politische Ökonomie der Massenmedien  
Streik bei Renault

Politische Ökonomie des Sozialismus

Warenproduktion und Sozialismus  
Klassenstruktur der sozialistischen Länder  
Bildungssystem der DDR  
Dokumentation zur Entwicklung Kubas

# Thesen zur Hochschulpolitik

Dennoch wird das Bildungswesen eine quantitative Ausweitung erfahren, haben sich die systemtragenden Parteien weitgehend auf eine Konzeption zur Struktur des Bildungssystems geeinigt. Um auf dem Bildungssektor nicht noch mehr gegenüber den imperialistischen Konkurrenten und vor allem dem sozialistischen Lager ins Hintertreffen zu geraten, sehen sich die verschiedenen Kräfte des Monopolkapitals gezwungen, kurz- bis mittelfristige Kompromißentscheidungen zu treffen. Statt „luftiger Pläne“ (H. Maier) sollen mittelfristig zu realisierende Sofortprogramme die schwerwiegendsten Mängel beheben. Damit hat sich die Politik der CDU/CSU durchgesetzt.

Die so konzipierte Reform läßt sich folgendermaßen charakterisieren:

1. Die Expansion des Bildungswesens, d. h. die staatsmonopolistische Brechung des trationellen bürgerlichen Bildungsprivilegs wird auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen. Die gewiß zu erwartenden Erhöhungen der Mehrwertsteuer werden vor allem die Arbeiter und Angestellten belasten.

2. Je weniger die herrschende Klasse imstande ist, die Widersprüche im Bildungssektor zu lösen, desto mehr muß sie darauf bedacht sein, Herrschaftssicherungen gegen potentielle Konflikte einzubauen. Dem entspricht die Zentralisierung der wichtigsten Kompetenzen in staatlichen Instanzen unter Ausschaltung realer Mitbestimmungsmöglichkeiten der unmittelbar Betroffenen, die verschärfte Disziplinierung der Studenten und Repressionen gegen die demokratischen Organisationen der Studenten. Das Moment der Stabilisierung des Systems rückt angesichts des Protestes der Studenten zunehmend in den Vordergrund. Mit den — im Zuge der Finanzreform (1969) — vollzogenen Grundgesetzänderungen sind die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine zentrale Lenkung des Bildungswesens geschaffen worden.

Im neueingefügten § 91a wird unter den „Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern“ auch aufgeführt der „Aus- und Neubau von wiss. Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken“. Auf der Grundlage dieses GG-Artikels wurde am 1. 9. 69 das Hochschulbauförderungsgesetz verabschiedet. Danach ist ein Hochschulbaurahmenplan für fünf Jahre aufzustellen und jährlich fortzuschreiben. Der von einem Bund-Länder-Planungsausschuß beschlossene Rahmenplan geht der Bundesregierung und den Landesregierungen zu und muß von ihnen in die Haushaltswertüre eingesetzt werden. Durch das HS-bauförderungsgesetz ist der Wissenschaftsrat zu einer quasi-staatlichen Behörde geadelt worden: Die Anmeldungen der einzelnen Hochschulen zum Rahmenplan der Länder gehen zunächst an ihn und er hat dazu jährlich Empfehlungen für den Rahmenplan abzugeben, die Beratungsgrundlagen des Planungsausschusses sind.

Nach dem neuen § 91 b GG gehört auch die Bildungsplanung zu den „Gemeinschaftsaufgaben“. Bund und Länder haben daraufhin eine Kommission gebildet, die

die Aufgabe hat, eine Konzeption für das gesamte Bildungswesen (Bildungsgeamtplan) und ein Bildungsbudget zu erarbeiten.

Bund-Länder-Kommission und Planungsausschuß stellen die zentralen staatsmonopolistischen Institutionen dar, die den Hochschulbereich völlig den Interessen des Großkapitals unterordnen sollen.

## Disziplinierung und Schmalspurausbildung

Der formale Rahmen des Instrumentariums ist also weitgehend geziemt, mit der Verabschiedung des HRG soll Rütfest sein. Dabei hat das HRG die Funktion, die bereits geschaffenen Entscheidungsabläufe über Aus- und Neubau von Hochschulen, über alle Finanzfragen zu sanktionieren, einheitliche Regelungen zur Durchführung der „Studienreform“ durchzusetzen und relevante Positionen in Forschung und Lehre weiterhin von den Studenten abzuschirmen.

Mit dem Hochschulrahmengesetz wird der gewünschte Planungs- und Entscheidungsablauf festgelegt (§ 10, 11, 12):

Die Hochschulen stellen Entwicklungspläne auf. Sie haben dabei den Hochschulgesamtplan des Landes und den gemeinsamen Rahmenplan nach § 5 des Hochschulbauförderungsgesetzes zu berücksichtigen. Während für die Länder die Hochschulentwicklungspläne nicht verbindlich sind, müssen sie sich ihrerseits nach dem Rahmenplan richten. Die dominierende Rolle der Organe auf zentraler staatlicher Ebene wird hier deutlich.

Wie weit der gesamte Planungsvorgang durch staatsmonopolistische Organe bereits festgelegt ist, zeigt der im Juli verabschiedete Rahmenplan für den Hochschulausbau und neubau:

Neben der Erhöhung der Zahl der Studienplätze von 458 000 (1970) auf 665 000 (1975) werden wesentliche inhaltliche und strukturelle Fragen präjudiziert. Der Warnung des BDI (Jahresbericht 69/70) vor der Kopflastigkeit des Bildungswesens und seiner Forderung nach einem großzügigen Ausbau des Fachschul- und Fachhochschulbereichs wurde entsprochen. Bis 1975 wird der Anteil der Studienplätze an Fachhochschulen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studienplätze von 15,6% (1969) auf 20,8% erhöht. In der Frage der Hochschulstruktur hat die CDU einen Erfolg erzielen können: integrierte und kooperative Gesamthochschulen oder sonstige „Hochschulsysteme“ stehen gleichberechtigt nebeneinander.

Ausbauschwerpunkte hat der Planungsausschuß gesetzt bei den dreijährigen Studiengängen; in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, im Bereich der Lehramtsstudiengänge und in der Zahnmedizin. Die Folge wird die staatliche Lenkung des Studentenstromes durch sog. Studienberatungen oder den n. c. sein. Dies dürfte vor allem in den Fächern

Mit einem Notplan für den Bildungsnotstand will Wissenschaftsminister Leussink retten, was zu retten ist. Ein Großteil der angekündigten Reformen, wie integrierte Gesamtschule, integrierte Gesamthochschule, Beseitigung des n. c., steht nicht mehr auf dem Programm. Unsicher ist, ob die mittlerweile bescheidener gewordenen Ausbaupläne für die Hochschulen überhaupt zu finanzieren sind. Die Illusionen über die Reformversprechungen der SPD/FDP-Regierung sind geplatzt.

**Relativ unqualifizierte Ausbildung, zunehmender Leistungsdruck, Verschlechterung der materiellen Situation werden in der Zukunft stärker die Lage der Studenten kennzeichnen.**

Um das staatsmonopolistische Formierungswerk durchsetzen zu können, müssen die Hochschulen und die Studenten zur Mitarbeit gebracht werden. Also kondizieren die Herrschenden formale Mitwirkungsrechte auf unterster Ebene — zur bloßen Beruhigung der Studenten.

Und falls dennoch diese minimalen Mitbestimmungsmöglichkeiten von den Studenten genutzt werden, hat man noch die Fachaufsicht des Staates. Nicht überschreiten werden darf, daß vor allem die Ultrarechten gegen jegliche Mitbestimmung hetzten, nach dem Staatseingriff rufen und die Studenten ihrer demokratischen Organe berauben wollen.

**Der Kampf um reale Mitbestimmung über Forschung und Lehre, um die Erhaltung und Stärkung der Organe der verfaßten Studentenschaft, wird somit zu einer der wichtigsten Aufgaben der demokratischen Studentenbewegung. Er muß hauptsächlich gegen die reaktionärsten Kräfte geführt werden.**

#### **Reaktionäre Lehrinhalte auf Hochglanz gebracht**

Gemeinsam ist allen Richtungen der imperialistischen Bildungspolitik der Versuch zur Mobilisierung aller Kräfte gegen den Vormarsch des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Diffamierung marxistischer Wissenschaftler (s. Prof. Holzer), die demagogische Hetze gegen die linken Studenten beweisen dies eindeutig.

Dahinter verbirgt sich die reale Schwäche der Monopolbourgeoisie in Fragen der Lehrinhalte. Doch auch hier soll Abhilfe geschaffen werden. In von den unmittelbar Betroffenen relativ unkontrollierbaren Institutionen, wie der geplanten Zentralstelle für Curriculumforschung und -entwicklung und zentralisierten Hochschuldidaktikinstituten wird derweil die Modernisierung reaktionärer Lehrinhalte betrieben. Mit Hilfe der Studienreformkommissionen (§ 60 HRG), die auf Landesebene einzurichten sind, sollen die neuerarbeiteten Bildungsinhalte in die Hochschulen getragen werden. Zur Zusammensetzung der Kommissionen wird im HRG-Entwurf lapidar festgestellt: „In die Studienreformkommissionen können nur von Hochschulen vorgeschlagene Hochschulmitglieder berufen werden, darunter müssen Studenten sein.“

In der Begründung heißt es, entscheidend sei nicht die Gruppenzugehörigkeit, sondern die fachliche Qualifikation. Man kann sich jetzt schon ausmalen, daß in diese Kommissionen nur politisch akzeptable Studenten berufen werden.

Dagegen sind sog. Sachverständige, insbesondere aus Industrieverbänden, als „Berater“ hochwillkommen.

Wegen der „gebotenen Einheitlichkeit“ des Bildungswesens haben staatliche Organe jederzeit die Möglichkeit, Rahmenprüfungs- und Studienordnungen zu oktroyieren, bzw. von Fachbereichen vorgeschlagene Studienordnungen nicht zu genehmigen. Als Beispiel für nicht genehmigte Prüfungsordnungen könnten solche angeführt werden, in denen Klausuren abgeschafft, kollektive Leistungsnachweise zur Selbstkontrolle usw. ermöglicht werden. Die Studienreform ist schon in eine von den Herrschenden zu rechtfertigende Zwangsjacke gesteckt worden. Die Repräsentanten der Monopolbourgeoisie haben erkannt, daß es „hohe Zeit ist, von den Struktur- und Organisationsfragen zu den neuen Bildungszielen, dem Kernproblem jeder Bildungsreform, vorzudringen. Wir sollten von Bildungszielen reden.“ (F. Heerwagen, in: Wirtschaft und Wissenschaft 4/71).

**Ohne Zweifel werden die Auseinandersetzungen um die Lehrinhalte, um die Studienreform in Zukunft im Zentrum des Kampfes zwischen den fortschrittlichen und reaktionären Kräften stehen.**

Gleichwohl der Imperialismus bemüht ist, für den Bildungssektor ein perfektes Formierungs- und Lenkungsinstrumentarium zu entwickeln, rufen die ihm immanenten Widersprüche immer wieder den Widerstand der Betroffenen hervor.

#### **Ausweitung des Bildungswesens — Kosten darf sie nichts**

Obwohl der Imperialismus mit fortschreitender Vergesellschaftung der Arbeit zu Planungsversuchen gezwungen ist, kann er prinzipiell seine Zukunft nicht verbindlich planen. Der Antagonismus von Kapital und Arbeit erfährt seine äußerste Zuspitzung heute darin, daß er die historisch erforderliche und mögliche planmäßige Entwicklung der Hauptproduktivkraft, des Menschen, die Entfaltung seiner schöpferischen Anlagen und Fähigkeiten, grundsätzlich ausschließt.

der Fall sein, in denen sich der Anteil der Studenten verringert wie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Humanmedizin. Der Anteil der Humanmedizinstudenten nimmt von 6,9% auf 5,4% ab. Dies muß dazu führen, daß sich der Ärztemangel noch weiter zuspitzen wird, der heute schon bewirkt, daß Ärzte unter unzumutbaren Bedingungen (wie unbezahlte Überstunden) arbeiten müssen. Gemäß den Vorstellungen vom Rezepteanwender-Studium sollen die kostenparenden dreijährigen Studiengänge verstärkt ausgebaut werden. Während die Ingenieur- und Lehrerstudenten sich immer mehr über eine unwissenschaftliche Schmalspurausbildung und die Verschulung des Studiums beklagen und infolgedessen eine Verlängerung ihrer Studienzeit fordern, soll perspektivisch für die Mehrheit der Studenten die dreijährige Studienzeit vorgeschrieben werden.

Da nur ein kleiner Kreis in den Genuß von Kontaktstudien (bis 1975 sind nur 5 000 Kontaktstudienplätze vorgesehen) gelangen soll, wird die Berufsperspektive der meisten Studenten immer unsicherer.

#### **„Mitwirkungsrechte“ als Beruhigungsmittel**

Doch damit nicht genug. Am Beispiel der Lehrer wird deutlich, was die Studenten im Beruf erwarten. So werden die Klassenfrequenzen nach dem Bildungsgesamtplan bis 1985 kaum gesenkt, die miserablen Arbeitsbedingungen werden unverändert fortexistieren. Und um die Lehrer psychologisch auf ihr schweres Amt vorzubereiten, stellt Klaus von Dohnanyi, Staatssekretär im BMBW, unverhüllt fest: „Bis vor wenigen Jahren waren die Lehrer in der Bundesrepublik unterbezahlt: heute sind sie das wohl nicht mehr. . . Gehaltssteigerungen, wie wir sie in den 60er Jahren erlebt haben, darf es in den 70er Jahren nicht geben, wenn Mittel für bildungspolitische Reformen übrigbleiben sollen. Fünf-Tage-Woche: ja. Aber beim Lehrerberuf mit der 40-Stundenwoche zu argumentieren die heute noch für kaum eine Führungsaufgabe in unserer Gesellschaft gilt, halte ich für falsch. Wer in einer demokratischen Gesellschaft den Vorzug und die Verantwortung des Pädagogen hat, darf nicht um ein paar Wochenstunden mehr oder weniger feilschen.“ Mit anderen Worten: Wenn die Lehrer schon nicht die Krise im Bildungswesen verursacht haben, sollen sie wenigstens dafür bezahlt werden.

Im Widerspruch zwischen der produktiven und konsumtiven Seite von Bildungsinvestitionen liegt begründet, daß die Ausweitung des Bildungswesens einerseits integraler Bestandteil staatsmonopolistischer Wachstumsstrategien ist, andererseits ihre kurzfristigen Kosten und Entzugswirkungen auf dem Arbeitsmarkt dem monopolkapitalistischen Verwertungsinteresse unmittelbar zuwider laufen. Einerseits müssen Bildungsinvestitionen im Interesse positiver Wachstumswirkungen langfristig konzipiert sein, andererseits wächst unter imperialistischen Bedingungen mit der Zeitspanne der Konzipierung die Unsicherheit über die tatsächlichen Wachstumseffekte der Bildungsinvestitionen. Das zieht die allgemeine Tendenz zur relativen Unterinvestition im Bildungswesen nach sich, deren Auswirkungen die Studenten täglich am eigenen Leib erfahren.

Der MSB SPARTAKUS sieht in der gegenwärtigen Etappe als Hauptaufgabe im Kampf gegen die staatsmonopolistische Formierung an:

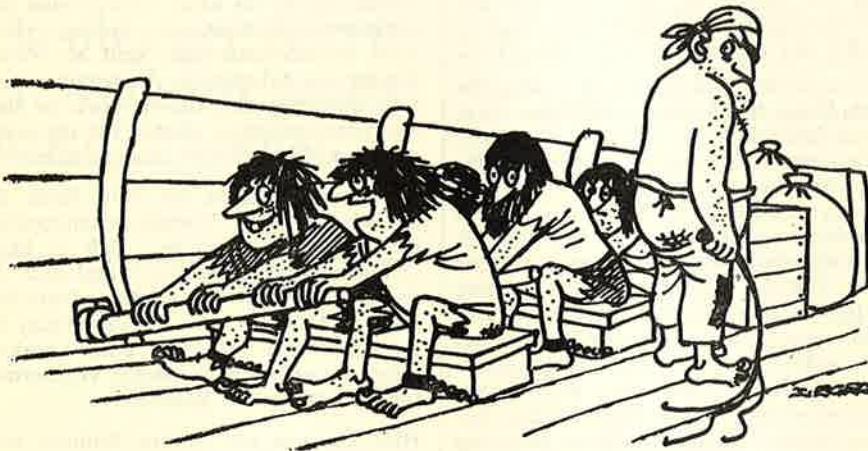
geschichtlich dazu berufen ist, die kapitalistische Gesellschaft revolutionär zu beseitigen.

Der Marxismus entspricht den sozialen und politischen Interessen der Studenten, weil er als einzige Wissenschaft in der Lage ist, sie ihre gesellschaftliche Stellung erkennen zu lassen. Der Marxismus vermittelt ihnen die Erkenntnis von ihrem widersprüchlichen Verhältnis zur herrschenden Klasse und ist für sie eine Waffe im Kampf zur Überwindung der Macht der Ausbeuterklasse.

Deshalb müssen Marxisten die Möglichkeit haben, in allen Fachbereichen den wissenschaftlichen Sozialismus zu lehren. Entschieden bekämpft der MSB alle Formen nationalistischer, militaristischer und antikommunistischer Ideologie, welche die imperialistische Großmachtpolitik legitimieren oder als Herrschaftswissenschaft zur Verschleierung der realen Machtverhältnisse, d. h. zur Niederhaltung der Arbeiterklasse dienen sollen.

3. Entscheidend für die Vertretung der studentischen Interessen ist der organi-

„Jetzt kapier ich endlich den Spruch von wegen wir sitzen alle in einem Boot...“



1. Die Verschleppung der materiellen Studienbedingungen darf nicht länger hingenommen werden.

Materiell abgesichertes Studium, möglichst schneller Ausbau der Hoch- und Fachhochschulen, sind die Grundlagen für eine demokratische Hochschulreform. 2. Der MSB SPARTAKUS kämpft für eine demokratische Hochschule im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Dies erfordert, daß die Monopolstellung der bürgerlichen Wissenschaft gebrochen wird, die Wissenschaft der Arbeiterklasse — der Marxismus — Eingang in die Hochschulen findet.

#### „Marx an die Uni!“

Der Marxismus ist die Wissenschaft, die aus den objektiven Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft, die neue, ausbeutungsfreie Gesellschaft des Sozialismus und Kommunismus begründet, das Proletariat ist jene gesellschaftliche Kraft, die aufgrund ihrer objektiven Existenzbedingungen

sierte Massenkampf. Doch die Durchsetzbarkeit fortschrittlicher Alternativen hängt auch von den institutionellen Verhältnissen ab. Die Haltung der Ultrarechten — der konsequentesten und aktivsten Vertreter ihrer Klasse — zur Mitbestimmungsfrage macht deutlich, daß diejenigen, die global gegen den „Mitbestimmungsbetrug“ kämpfen, der Reaktion in die Hände arbeiten. Es ist doch kein Zufall, daß der Bund Freiheit der Wissenschaft vor allem gegen die Mitbestimmung als Instrument mit der die „Universität aus den Angeln gehoben“ werden soll, Amok läuft. Es ist doch kein Zufall, daß Freiheitsbündler H. Maier die Einführung von Studienreformmodellen mit gesellschaftskritischen Grundkursen in Regensburg zum Vorwand nimmt, um in seinem Hochschulgesetz die Mitbestimmungsrechte der Studenten noch weiter zurückzuschauben. Es ist doch kein Zufall, daß der BDI (Jahresbericht 70/71) vor einer Anwendung des demokratischen Prinzips auf die Hochschule warnt.

## Verirrung

Mit dem Ruf: „Ich bin ein Vogel, ich kann fliegen!“ stürzte sich in der schwedischen Stadt Östersund ein siebzehnjähriger Junge im LSD-Rausch dreimal von einem neun Meter hoch gelegenen Balkon. Seine Behauptung erwies sich als nicht den Tatsachen entsprechend: Er folgte dem Gesetz der Schwere und brach sich den Arm.

## Marburg

### Studenten ins Gefängnis

Als „Unterkunft“ für wohnungssuchende Studenten wurde von der Universität und Stadt das ab 1.10. universitätseigene Untersuchungsgefängnis ins Auge gefaßt. Zimmer: 13 cbm Volumen, Gitterfenster, Kübelklo. Die Zellen entsprechen nicht mehr den Richtlinien für Gefangene.

In Marburg nimmt die Wohnungsfrage in diesem Semester katastrophale Ausmaße an. Bereits jetzt kommen auf jeden Studenten lediglich 5 Einwohner. Der private Wohnraum ist bis zum Äußersten ausgelastet. Altstadtsanierung und mangelnde Ausbaufähigkeit der Stadt schaffen ohnehin für die einheimische Bevölkerung eine schwierige Wohnsituation.

In diesem Semester werden ca. 1300 Studenten ohne Zimmer bleiben. Besonders hart betroffen sind die 530 Studenten, die frühestens am 15. September durch die Zentrale Registrierungsstelle für NC-Fächer in Hamburg die Zulassung zum Studium in Marburg erhalten haben. Während die herrschende Klasse in ihren Formierungsbestrebungen schon längst nicht mehr an einen Abbau des NC sondern nur an dessen berufslenkende Verwaltung denkt, verschärft sich der soziale NC: nur die Kinder reicher Eltern werden noch in der Lage sein, sich einen angemessenen Wohnplatz zu leisten. Über als ohnehin schon sieht die Zimmersuche für ausländische Kommilitonen aus.

Bereits im letzten WS mußten 400 Studenten mehrere Monate mit Jugendherbergen und Hotelzimmern vorlieb nehmen, langwierige Anfahrten vom Heimatort in Kauf nehmen, ehe sie eine Unterkunft in Marburg finden konnten. Die Wohnungsmisere war seit langem abzusehen. Seit Jahren ist klar, daß praktisch für jeden neu nach Marburg kommenden Studenten ein Wohnheimplatz bereitgestellt werden muß. Seit 1962 jedoch wurde kein einziger zusätzlicher Wohnheimplatz geschaffen, mit Ausnahme eines Spezialbaus für Körperbehinderte Studenten (87 Betten). Seitdem ist die Studentenzahl von ca. 7000 auf 10400 gestiegen.

Schon 1958 sah der Düsseldorfer Wohnheimplan vor, daß für 30% der Studierenden Wohnheimplätze zu erbauen sind. Während in Gießen und Frankfurt bislang für ganze 90% der Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung stehen, beträgt der Prozentsatz in Marburg 12%.

Seit 2 Jahren erarbeitet das Studentenwerk Pläne für Wohnprojekte von einer Gesamtbettzahl von 1800. Grundstücke stehen zur Verfügung. Die einzige Reaktion von Seiten des Landes war, daß sie den Bau des einen Wohnheims durch Kabinettsbeschuß abgelehnt hat und sich weiterhin hartnäckig weigert, auch nur einen Teil der Baukosten für das andere Projekt zu übernehmen. Das völlige Versagen des Landes bzw. des Bundes hat dazu geführt, daß die Wohnraumbeschaffung in Marburg inzwischen gänzlich zusammengebrochen und eine baldige Lösung dieses Problems nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil, es ist jeder Form von Mietwucher und sozialer Diskriminierung Tür und Tor geöffnet. Die Wohnungs-katastrophe ist nur der krasseste Ausdruck der allgemeinen Bildungsmisere. Die jahrelange Vernachlässigung studentischer Sozialpolitik soll nun auch noch gegen die Studenten verwendet werden. Wie sehr die Prioritätensetzung der öffentlichen Haushalte den Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend zuwiderläuft, demonstriert einmal mehr der Entwurf zum Bundesetat 1972, mit dem Verhältnis von Rüstungs- zu Bildungsausgaben von ca. 25 Mrd. DM zu ca. 5 Mrd. DM.

Angesichts dieser Situation hat ein Vertreter der Landesregierung nichts besseres zu tun, als die ASTA auf die kommende Rezession zu vertrösten. Dann werde es möglich, den „nordhessischen Gebirgsvölkern“ eine Spritze zu erteilen und mit billigen Arbeitskräften billige Wohnheime zu bauen.

Vom Land ist augenblicklich freiwillig kein Geld zur Wohnraumbeschaffung zu erwarten. Notunterkünfte in Massenquartieren, kein Einzelzimmer, keine ausreichenden sanitären Anlagen, kein

ungestörter Arbeitsplatz — unzumutbare Studienbedingungen, das soll die Perspektive für ca. 1300 Marburger Studenten in diesem Semester sein.

Weder der MSB SPARTAKUS, noch der ASTA als direkt angesprochene politische Vertretung der gesamten Studentenschaft, werden in Form karitativer Selbsthilfeorganisationen dem Land als unmittelbar Verantwortlichen für die katastrophale Situation die Sorgen abnehmen, die dieses sich durch chronische Unfähigkeit zu einer auch nur annähernd realitätsnahen prognostischen Planung erkauf hat. Sie wenden sich deshalb energisch gegen den Versuch, die Folgen jahrelanger planloser Handwerkerei auf dem Rücken der Studenten auszutragen, die sich jetzt einer besonders verschärften Form des sozialen NC gegenübergestellt sehen. Er reiht sich nur allzu deutlich ein in die schon bestehenden Disziplinierungsmaßnahmen (Bafög, HRG) denn selbstverständlich sind es wieder Kinder aus Arbeiter- u. Angestelltenfamilien, die am wenigsten in der Lage sind, die astronomischen Mieten für die wenigen noch vorhandenen Zimmer zu zahlen.

In dieser Situation ist jede Form der Selbsthilfe reine Verschleierungspolitik, die davon ablenken soll, daß es keine „Notlösungen“ geben kann und darf. Jede Zustimmung zu solchen Notunterkünften bedeutet eine Festbeschreibung des gegenwärtigen Zustands, eine Anerkennung des sozialen NC durch Wuchermieten und fehlenden Wohnraum.

Hier kann es nur unsere Aufgabe sein, die Ursache dieser Misere herauszuarbeiten und gemeinsam mit allen Kräften, die für eine fortschrittliche Bildungspolitik eintreten, den Kampf aufzunehmen für unsere Forderungen:

- sofortige Aufnahme der Arbeiten an den geplanten Wohnheimprojekten und Fertigstellung von ausreichendem Wohnraum bis zum Beginn des SS,
- sofortige Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel durch Bund und Länder,
- Eingliederung des Wohnheimbaus in die Hochschulbauförderung,
- sozial tragbare Mieten: Festbeschreibung der Mieten für Studenten bei 12% der Höchstforderung,
- als Übergangsregelung: Bereitstellung von adäquatem Wohnraum, der ein intensives Studium gestattet (ausreichende sanitäre Anlagen, Einzelzimmer). Diese Unterkünfte müssen zumindest den Richtlinien für den studentischen Wohnheimbau entsprechen.
- Bau von Studentenwohnheimen durch Senkung des Rüstungshaushaltes.

## Hamburg

### Hamburger ASten protestieren gegen WELT-Artikel

In einer von den ASten der Universität, der Fachhochschule, der Hochschule für Wirtschaft und Politik, der Hochschule für Bildende Künste und der Musikhochschule herausgegebenen Presseerklärung wenden sich die Studentenvertreter der Hamburger Hochschulen gegen den von der Springer-Presse gegen den MSB SPARTAKUS gestarteten (und von der anderen reaktionären Presse unterstützten) Verleumdungsfeldzug. „Den ASten der Hamburger Hochschulen ist die Springer-Presse seit langem als ein unversöhnlicher Feind der gesamten fortschrittlichen Studentenbewegung und als Gegner jeder echten demokratischen Reform an den Hochschulen bekannt. In ihrem Kampf gegen diese schreckt sie vor keinem Mittel zurück. Lügen, Drohungen und demagogische Unterstellungen gehören zu ihrem Arsenal.“ Weiter heißt es in der Resolution, die Entscheidung des Bremer Senats, dem Marxisten Professor Holzer die Ernennung zu verweigern zeige, wer einen Monopolisierungsanspruch im Wissenschaftsbereich durchzusetzen versuche. Der Fall Holzer beweise, wie

notwendig die Weiterführung des Kampfes für die Berufung marxistischer Dozenten sei. Die jüngsten gegen den MSB SPARTAKUS gerichtete Artikel in der „Welt“ bewiesen, schreiben die ASten-Vertreter, daß sich bei dem zum Scheitern verurteilten Versuch, den SPARTAKUS zu kriminalisieren, Schreiberlinge wie der „Welt“-Schmierer Nollesen selbst halbkommen Methoden bedienten. „Die ASten der Hamburger Hochschulen protestieren aufs schärfste gegen die Versuche der Springer-Presse, studentische Organisationen wie den MSB SPARTAKUS zu kriminalisieren. Sie wissen, daß das Ausmaß der politischen Bewegungsfreiheit von Marxisten und Kommunisten ein Gradmesser für den Handlungsspielraum der gesamten demokratischen Bewegung ist. Deshalb werden sie jeden Versuch, den MSB zu kriminalisieren und zu verbieten, als einen Angriff auf die gesamte fortschrittliche Studentenbewegung betrachten und alle Studenten auffordern, sich solchen Angriffen auf ihre eigenen Rechte rechtzeitig entgegenzustellen.“

## Nachrichten

Zu einem Meinungsaustausch empfing der Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS eine Delegation des Sozialistischen Jugendverbandes Polens (ZMS). Ihr gehörten das Mitglied des Präsidiums des Hauptvorstandes und 1. Vorsitzender des Bezirks Poznan des ZMS, Bogdan Waligorski, und die Mitarbeiterin der Internationalen Kommission des Dachverbandes der polnischen Jugendorganisationen (OKWOM), Elzbieta Michalowska an. Das Gespräch, an dem von Seiten des MSB SPARTAKUS dessen Vorsitzender, Christoph Strawe, Ulrich Bange, Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstandes und Ingo Thieé, Mitglied des Bundesvorstandes teilnahmen, verlief in brüderlicher und herzlicher Atmosphäre und erbrachte völlige Übereinstimmung der Ansichten in allen behandelten politischen Fragen.

Die Delegation des ZMS nahm am 11. 9. am Solidaritätskongreß der Jugend in Bremen teil.

Als „feigen Mord“ bezeichnen die Bundesvorstände der SDAJ und des MSB SPARTAKUS die Erschießung des farbigen Bürgerrechtskämpfers und Schriftstellers George Jackson. „Waren schon die hältlosen Anschuldigungen gegen George Jackson und seine ‚Soledad‘-Brüder ebenso wie die konstruierte Anklage gegen Angela Davis Beispiele für die Lügen und Verdrehungen, deren das korrupte System der Nixon und Reagan fähig ist, so wird mit der amtlichen Version von Jacksons Ausbruchversuch der Gipfel des Zynismus erreicht.“

# Zur innerverbandlichen Demokratie und Organisation des SPARTAKUS

Dieser Bericht wurde vom Vorstand der SPARTAKUS-Gruppe an der Fachhochschule Hamburg geschrieben

**Wir meinen, daß er zur Diskussion im gesamten Verband anregt und nützliche Vorschläge und Überlegungen zur innerverbandlichen Demokratie und Organisation enthält.**

**Die Schaffung optimaler Voraussetzungen für die Arbeit erfordert die schöpferische Arbeit aller Genossen. Es gibt keine im Voraus zu bestimmende Norm für alle Gruppen. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedingungen an den Hoch- und Fachhochschulen, die Erfahrung und der Organisationsgrad der Gruppen müssen auch in dieser Frage beachtet werden und zur Geltung kommen.**

Die SPARTAKUS-Gruppe an der Fachhochschule Hamburg zählte zu Beginn des Jahres etwa 35 Mitglieder. Inzwischen ist sie auf 70 Mitglieder angewachsen. Die 70 Genossen arbeiten an 9 der aus 13 Fachbereichen bestehenden Fachhochschule (FHS).

Die große Zahl der Mitglieder und die Aufteilung der Gruppe auf die auch räumlich nicht zusammenliegenden Fachbereiche erforderte organisatorische Konsequenzen, die sich nicht nur den Studienbedingungen anpassen, sondern sie bewußt und planvoll für unsere politische Arbeit ausnutzen und gleichzeitig die Grundsätze der innerverbandlichen Demokratie erweitern.

## Alle Genossen an der Beratung und Durchführung der Beschlüsse beteiligen

Die volle Verwirklichung der Beschlüsse, die praktische Umsetzung unserer theoretischen Kenntnisse hängt wesentlich ab von der Qualität der organisatorischen Arbeit der Mitglieder einer Gruppe. Es

ist aber in erster Linie Aufgabe des Gruppenvorstandes, Voraussetzungen zu schaffen, die es allen Mitgliedern der Gruppe ermöglichen, schöpferische Kraft und Initiative zu entwickeln und alle Mitglieder an der Beratung und Durchsetzung der Beschlüsse zu beteiligen. Die kritische, konstruktive Mitarbeit der ganzen Gruppe ist kein Selbstzweck, sondern ist notwendig, um alle Kräfte zu mobilisieren, um alle Vorschläge und Erfahrungen für die Arbeit nutzbar zu machen. Wir mußten also organisatorische Formen entwickeln, die die kontinuierliche Anleitung und Arbeit der Gruppe erleichtern und gleichzeitig effektiv machen. Die Untergliederung der großen Gruppe in 'Untergruppen', Fachbereichsgruppen oder Sektionen bot sich an.

## Die Vorteile kleiner Kollektive

Große Gruppen sind für die einzelnen Mitglieder schwerer überschaubar. Die Genossen können ihre Arbeit oft nicht im Zusammenhang mit der Gesamtarbeit der Gruppe sehen. Das hemmt die Aktivität und das Verantwortungsbewußtsein jedes Genossen. Die gründliche, praxisnahe Anleitung der Gruppe durch den Vorstand ist nicht immer gewährleistet.

Es mußten also Voraussetzungen geschaffen werden, die es jedem Genossen ermöglichen, seine Arbeitskraft optimal einzusetzen. Das ist für ihn dort am leichtesten möglich, wo er seinen unmittelbaren Arbeitsplatz hat, wo er studiert. Der unmittelbare Arbeitsplatz ist der Fachbereich. Hier ist für jedes Mitglied die Arbeit überschaubar, die Aufgaben und ihre praktische Durchsetzung einsehbarer und interessanter. Jedes Mitglied erkennt unmittelbar die Wichtigkeit seiner Arbeit. Die Auseinandersetzung mit den theoretischen, politischen und ideologischen Fragen und Tagesaufgaben wird leichter, weil sie im unmittelbaren Bezugsfeld des Genossen liegen. In kleineren Gruppen bieten sich größere Möglichkeiten zur Diskussion, zur konstruktiven Mitarbeit auch für die Genossen, die sich auf einer größeren Versammlung noch nicht zu Wort melden.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die gewachsene Möglichkeit des persönlichen Kontaktes, des informellen Gespräches. Besonders die neu zu uns kommenden Mitglieder, die neben ihrem politischen Anliegen auch menschliche Kontakte suchen, die in den Verband 'hineinkommen' wollen, haben es in der kleineren Gruppe leichter.

Dort haben sie weniger Hemmungen, die für sie noch unklaren Fragen zu stellen und offen über ihr Problem zu diskutieren. Deshalb ist es auch wichtig und dem SPARTAKUS nichts Fremdes, die menschlichen Beziehungen der Genossen untereinander bewußt und organisiert zu fördern. (Z. B. Gemeinsame Unternehmungen und Veranstaltungen).

Auch die gegenseitige Hilfe und Unterstützung im Studium ist in der kleinen Gruppe leichter zu organisieren und kann ohne große politische Diskussion zu einem Selbstverständnis der solidarischen Hilfe der Genossen untereinander werden.

Die Unterteilung der Gruppe in Sektionen auf Fachbereichsebene hat darüber hinaus den Vorteil, daß wir mit unserer Politik leichter an den spezifischen Problemen der verschiedenen Ausbildungsgänge anknüpfen können, d. h. die Beschlüsse praxisnah umsetzen.

## Die verantwortliche Leitung

Wie jede Gruppe des SPARTAKUS von einem Vorstand geleitet wird, wie es einen Vorsitzenden gibt, der die Gesamtverantwortung trägt, wird in Zusammenarbeit und nach Absprache des Vorstandes mit den Genossen einer Sektion ein verantwortlicher Leiter für die 'Untergruppe' benannt und, wenn notwendig, ein Leitungskollektiv eingesetzt.

Die Größe des Leitungskollektivs und die von ihm organisierte Arbeitsteilung hängt von den zu leistenden Aufgaben ab.

Die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Sektion schließt die Anleitung durch den Gruppenvorstand und die Einhaltung der auf Gruppen- und Bundesebene gefaßten Beschlüsse nicht aus.

Das höchste Beschußorgan bleibt für die gesamte Gruppe weiterhin die MV, und die verantwortliche Anleitung aller Mitglieder bleibt die Aufgabe des Gruppenvorstandes.

Ebenso bleibt die Abwicklung finanzieller Verbindlichkeiten verantwortliche Aufgabe des Vorstandes. Das bedeutet, daß die Sektionen keine eigene Kasse führen, keine eigenen Mitgliederbeiträge, Spenden usw. einziehen.

## Größe der Sektion

Bei der Bildung einer Sektion ist nicht die Zahl der in ihr arbeitenden Genossen von ausschlaggebender Bedeutung. U. U. reicht es aus, wenn ein Genosse mit dem Aufbau einer Sektion beginnt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es nicht lange bei einem Mitglied bleibt.

„Wo ein Genosse, wo eine Grundorganisation arbeitet, da ist die Partei.“ Diesen Grundsatz können wir in abgewandelter Form auch für den SPARTAKUS gelten lassen. An jedem Fachbereich, an

behandelt werden, versuchen wir, Ergebnisse zu erarbeiten, die von grundsätzlicher Bedeutung und damit von Interesse für die ganze Gruppe sind.

Das erfordert eine gründliche Vorbereitung der MV durch den Gruppenvorstand und den engen, regelmäßigen Kontakt zu den Sektionen, um in der Vorbereitung der MV Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen. Wir alle kennen nicht endenwollende MV's auf denen Fragen, die besser in einer Sektion geklärt werden können, zu zähen, langen Diskussionen führen und oft nicht geklärt werden können, weil aus mangelnder Sachkenntnis eine Diskussion nicht aufkommt oder Nebenfragen zu zentralen Punkten werden.

waltung oder anderer studentischen Vereinigungen mit dem MSB. Die Einhaltung dieses Grundsatzes ist wichtig, weil die organisatorische Vermengung von z. B. Fachschaftsaktivitäten oder Basisgruppen mit dem MSB zu einer ideologischen und politischen Unsicherheit der Mitglieder des MSB führen kann. Die klare Abgrenzung und organisatorische Eigenständigkeit des MSB verhindert auch lange Diskussionen um die Frage, welche Beschlüsse für die Mitglieder des SPARTAKUS von vorrangiger Verbindlichkeit sind.

Umgekehrt führt die ständige Mitarbeit von Studenten im SPARTAKUS, die nicht bereit sind, dem Verband beizutreten und nicht die organisatorischen und politischen Konsequenzen ziehen wollen, zu Beschlüssen, die nicht für alle, die sie vorbereitet und gefaßt haben, verbindlich sind.

Die klare Abgrenzung des MSB gegen andere Gruppen berührt ganz wesentlich die Frage der Bündnispolitik. Aktionen und Unternehmungen, die gemeinsam vom MSB und anderen Organisationen durchgeführt werden, die Beiträge zur Verwirklichung einer fortschrittlichen Hoch- oder Fachhochschule sind, und dabei die Eigenständigkeit der Partner wahren, sind im Grundsatz richtig.

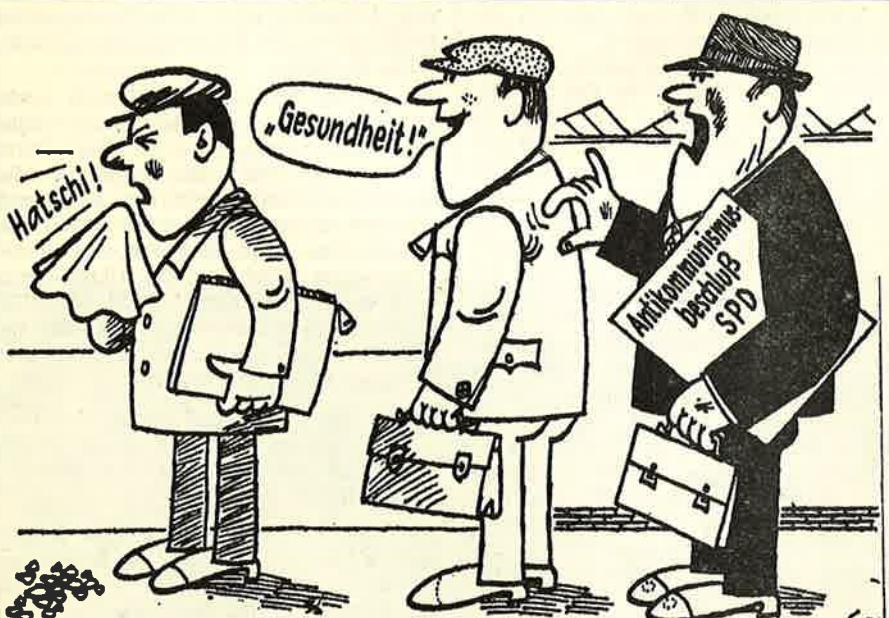
Das Prinzip der Abgrenzung berührt auch nicht die Mitarbeit von MSB Genossen in Instituts- und Basisgruppen oder anderen fortschrittlichen Arbeitsgemeinschaften an der FHS, verhindert auch nicht die Zusammenarbeit mit Sympathisanten des MSB.

Im Gegenteil! Die Einbeziehung interessierter Studenten in die Arbeit des MSB, sie einzuladen zu Diskussionen und Bildungsveranstaltungen, ist und bleibt für uns eine wesentliche Möglichkeit der Mitgliederwerbung. Die Festlegung der Politik des SPARTAKUS ist aber alleine Aufgabe des SPARTAKUS!

## Heimarbeit ersetzt kein Gruppenbüro.

Die guten Erfahrungen der SPARTAKUS-Genossen von der Uni Hamburg mit ihrem gruppeneigenen Büro haben wir uns zunutze gemacht. Inzwischen haben wir ein kleines Büro in der Nähe der Ing.-Fachbereiche, an dem der größte Teil der Fachhochschüler studiert, eingerichtet. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich das Fehlen einer für alle Mitglieder erreichbaren, öffentlichen Zentrale hemmend für die Arbeit der gesamten Gruppe auswirkt. Die Arbeit einzelner Vorstandsmitglieder führt bei der Heimarbeit gegen ihre gute Absicht leicht zur Privatisierung der Leitungstätigkeit und der Grundsatz der kollektiven Leitung läßt sich nur schwer durchsetzen.

Deshalb ist es besonders für große Gruppen wichtig, eine politisch-organisatorische Zentrale zu besitzen, die für alle Mitglieder der Gruppe zugänglich ist, in dem der Vorstand regelmäßig arbeitet und zu erreichen ist.



„Du wirst aus der SPD ausgeschlossen, Du sprichst mit einem DKP-Mitglied!“

jedem Institut wo ein Genosse, wo eine Sektion arbeitet, da ist der SPARTAKUS. Es ist also nicht unbedingt entscheidend, wie groß die Zahl der Genossen einer Sektion ist, sondern es ist entscheidend, ob die Arbeit von einem oder nur wenigen Genossen geleistet werden kann. Nur dort, wo das nicht gewährleistet ist, haben wir mit der Bildung einer Sektion gewartet oder mehrere Fachbereiche zu einer Sektion zusammengeschlossen.

## Die MV

Bei einer guten Anleitung der Sektionen durch den Gruppenvorstand erübrigen sich die regelmäßigen MV's in kurzen Abständen.

Außerdem können jetzt auf der MV die für alle Mitglieder wesentlichen Fragen

## Abgrenzung und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.

Die Sektionen sind organisatorische Bestandteile der Gruppe. Sie sind keine Vorschaltorganisationen und auch keine Arbeitskreise von Sympathisanten und MSB-Mitgliedern.

Als Spartakisten arbeiten wir in und mit den Studentischen Selbstverwaltungsorganisationen, arbeiten in Fachschaftsaktivitäten, Basisgruppen und anderen studentischen Organisationen. Gleichzeitig aber wahren wir unsere organisatorische Eigenständigkeit als SPARTAKUS, wie wir auch die Eigenständigkeit anderer Organisationen achten. D. h., es gibt keine organisatorische Verknüpfung von studentischen Organisationen der Selbst- und Mitver-

4 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte sind in diesen Wochen durch die Tarifverhandlungen in der Eisen- und Stahlindustrie betroffen. Die Arbeiter und Angestellten dieser Industriebranche haben an den Lohnkämpfen der letzten zwei Jahre gezeigt, daß ihr Selbstbewußtsein und ihre Kampfentschlossenheit in den Auseinandersetzungen um ihre unmittelbaren materiellen Interessen enorm gewachsen sind. Diese Erfahrungen bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Gewerkschaftspolitik. Die Einsicht in die Notwendigkeit starker Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse ist in der Arbeiterschaft stärker geworden. Sie drückt sich unter anderem in den immer häufigeren Forderungen nach Austritt aus der Konzertierten Aktion, nach aktiver Lohnpolitik und nach größerer innergewerkschaftlicher Demokratie aus.

Daß dieser Lohnkampf eine harte Klassenauseinandersetzung sein wird, ist vorauszusehen. Von den Unternehmerverbänden wurde der Schiedsspruch in der Chemieindustrie mit 7,8% ganz im Rahmen der Schillerschen Lohnleitlinien als Beispiel für die Metallrunde ausgegeben. Inzwischen sind die provokatorischen Angebote sogar von Sprechern der Metallverbände auf 5% herabgesetzt worden. Ihre Taktik ist die gleiche wie in der Chemie-Tarifbewegung: Einschüchterungsversuche, Drohungen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Siemens-Chef Tacke: „Wenn nicht Maß und Vernunft in der Lohnpolitik einkehren, müssen wir weitere Märkte aufgeben.“ Vor allem die Dollarkrise wird dazu benutzt, die Gewerkschaften zu erpressen.

Massive Schützenhilfe erhalten die Unternehmer dabei von Seiten des Staates, Vertreter der Bundesbank und des Wirtschaftsministeriums tönen gemeinsam von „eiserner Lohndisziplin“. Das beweist auch, daß die von Schiller vertretenen staatlichen Lohnleitlinien nur die Funktion haben, den Unternehmern die Profite zu sichern. Gleichzeitig sind sie ein Versuch der stärkeren Integration der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften in das kapitalistische System. Ein Stillhalten gegenüber dieser Politik würde zu einer weiteren Unterhöhung der Selbstständigkeit und Kampfkraft der Gewerkschaften führen. Beleg dafür sind gerade die Ergebnisse der politischen Schlichtung im Lohnkampf der Chemiearbeiter. Der sogenannte staatlich bestellte angeblich unabhängige Schlichter erweist sich immer wieder als der Interessenvertreter des Großkapitals. Notwendig im Interesse einer konsequenten Tarifpolitik wäre deshalb die Ablehnung der Praxis der politischen Schlichtung.

Dem Druck der Unternehmer und vor allem der SPD-geführten Bundesregierung, hat der IG-Metall-Vorstand bei der Aufstellung der Lohnforderungen nachgegeben. Entsprechend den Vorschlägen der Tarifkommissionen, in denen es zum Teil zu sehr knappen Mehrheitsentscheidungen kam, liegen die Forderungen zwischen 9 und 11%. Dieser Beschuß bleibt hinter den Forderungen zurück, die in zahlreichen Großbetrieben gestellt wurden. Vor allem die Belegschaften, die in den letzten Lohnkämpfen an der Spitze der Streikbewegung standen, wie die Hoesch- und Klöckner-Arbeiter, stellten Forderungen um 15%. Dieser Beschuß entspricht aber auch nicht den Vorstellungen, die der DGB bereits entwickelt hatte. In der Zielprojektion des DGB wurde für das Jahr 1971 eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 10,4% bei einer angenommenen Preiserhöhung von 2% für notwendig und möglich gehalten. Die

Preisseigerungen betragen jedoch inzwischen über 6%. Um aber nicht nur den Lohnrückstand aufzuholen, wären Lohn- und Gehaltserhöhungen von mindestens 15% notwendig. Auch die Produktions- und Gewinnentwicklung rechtfertigt trotz des üblichen Wehklagens der Unternehmer eine solche Erhöhung. Vor den Aktionsversammlungen wurde den Aktionären berichtet, welche hohen Dividenden sie zu erwarten hätten und welche für das Geschäftsjahr 1970 auch ausgeschüttet würden. Siemens-Chef Tacke: „Wir erwarten einen Gewinn, der absolut nicht niedriger ist als im vergangenen Jahr, vielleicht sogar höher.“ Die Daimler-Benz AG, der Rüstungskonzern Krauss-Maffei (Flick) und die Buderus-Eisenwerke (gleichfalls Flick), um nur einige zu nennen, erhöhten die Dividenden zwischen 2 und 4%.

Das Dilemma der Politik der IG Metall-Führung ist deutlich geworden. Auf der einen Seite muß den berechtigten Forderungen aus den Betrieben möglichst Rechnung getragen werden. Dies ist eine Lehre aus den Herbststreiks der letzten Jahre. Auf der anderen Seite will man den Wünschen der SPD/FDP-Regierung nachkommen, an der Lohnfront möglichst Ruhe zu halten.

Ein solches Nachgeben und eine solche Stillhaltepolitik gegenüber einer Regierung, die sich gerade in ihrer Wirtschaftspolitik als eine Regierung des Großkapitals dargestellt hat, wirkt sich indessen zu ungünsten der Arbeiterklasse aus. Das zeigt die Anerkennung des Lohndiktats durch die IG Chemie-Führung ebenso wie der Verzicht der DGB-Führung auf wirksamen Widerstand gegen den Regierungsentwurf zum neuen Betriebsverfassungsgesetz.

Jedoch der Widerstand gegen eine Politik der Unterordnung unter die Politik des Großkapitals ist in der Gewerkschaft stärker geworden.

Das Beispiel der Klöckner-Hütte in Bremen zeigte sowohl in den Septemberstreiks als auch jetzt in der Vorbereitung der Lohnrunde, daß die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf vor allem Kampfentschlossenheit und die solidarische Zusammenarbeit von Belegschaft, Betriebsrat und Vertrauensleutekörper sind. Die Tarifkommission, die durch den neuen Vertrauenskörper der Klöckner-Hütte gewählt wurde, hat für Klöckner als einzige im Bundesgebiet Forderungen von 17% aufgestellt.

Kampfentschlossenheit und Solidarität sind also die wesentlichen Faktoren, die die Ergebnisse der Lohnbewegung bestimmen werden. Dabei werden die klassenbewußten Arbeiter nicht nur die Versuche rechtssozialdemokratischer Funktionäre abzuwehren haben, mit Appellen an eine falsch verstandene Loyalität zur SPD-geführten Regierung die Lohnbewegung zu dämpfen. Sie werden sich auch gegen die bekannten Versuche der unzähligen linksopportunistischen Gruppen wenden, die den Hauptfeind nicht im Monopolkapital, sondern in der SPD, den Gewerkschaften oder auch in der DKP sehen.

# Metallarbeiter im Lohnkampf

# Beispielhafte Gastfreundschaft

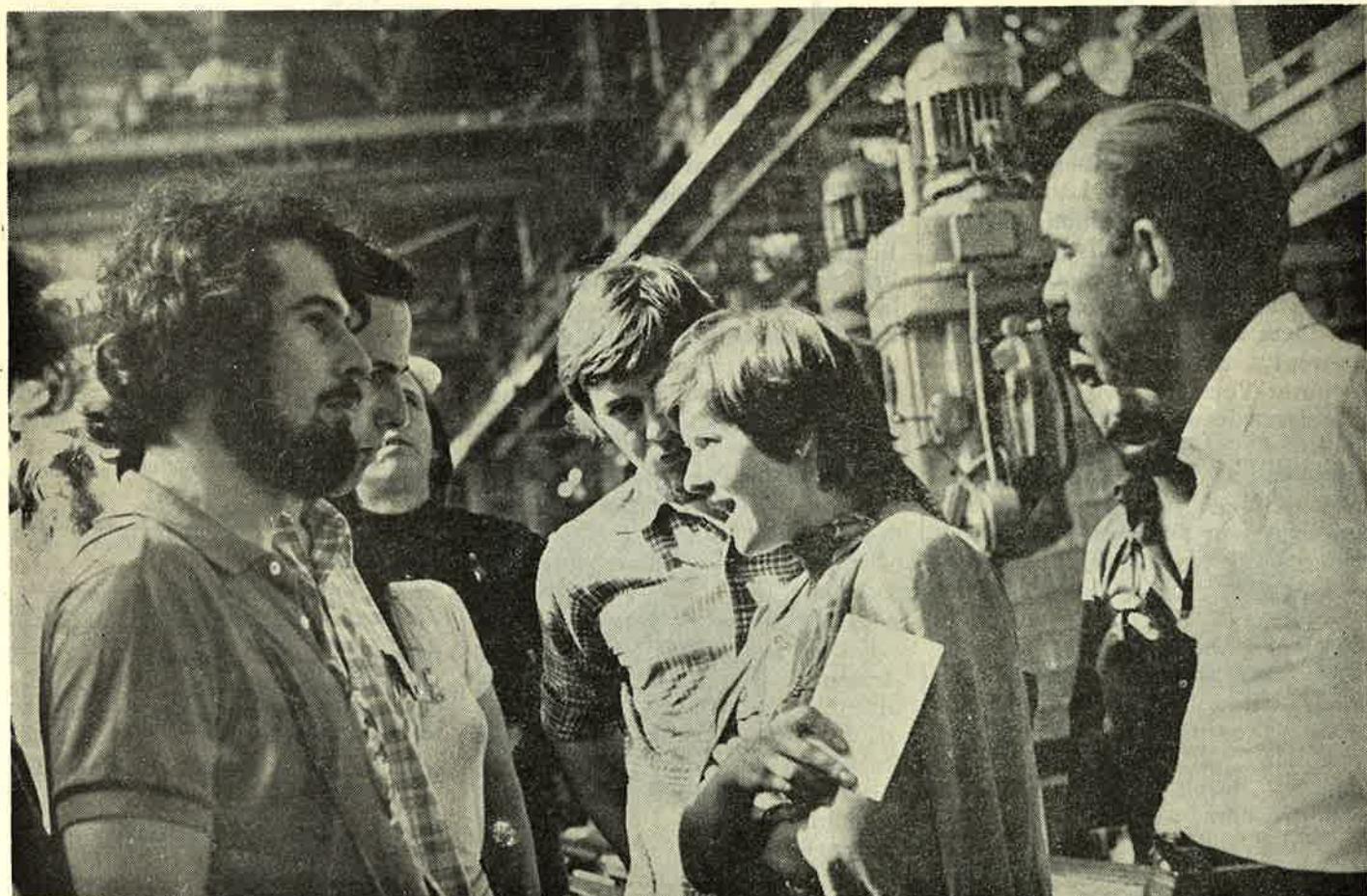
Auf Einladung des Komitees der Jugendverbände der UdSSR befanden sich vom 30.6. - 8.7. 64 Jugendliche aus der BRD, die 5 verschiedenen Organisationen angehörten, in der UdSSR. Der MSB SPARTAKUS, die SDAJ, der SHB, der VDS und

die DJD dokumentierten mit ihrer Teilnahme am „Freundschaftslager der Jugend der UdSSR und der BRD“, das in der Nähe der Geburtsstadt Lenins, Ulianowsk, stattfand, ihren Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus.

Auf dem Programm standen: Diskussionsveranstaltungen, Besichtigung der historischen Stätten in Lenins Geburtsstadt, Besuche in einer Fabrik, einer Sowchose (landwirtschaftlicher Industriebetrieb), einer Kolchose, Besuch eines Wasserkraftwerkes, einer Autofabrik und kultureller Einrichtungen. Außerdem fanden kleine „Olympische Spiele“ statt. Beeindruckend bei den Diskussionen mit den sowjetischen Arbeitern war der hohe Grad ihres Selbstbewußtseins, der jedem

Teilnehmer aus der BRD mehr als eine Ahnung davon vermittelte, daß es sich hier bei dem Begriff „Arbeiter- und Bauernstaat“ um keine leere Formel handelt. Der in der Werkzeugmaschinenfabrik fehlende Gestank (vergl. mit ähnlichen Fabriken in der BRD) war so etwas wie ein Symbol. Das wurde am deutlichsten im Informationsgespräch mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaftsorganisation im Betrieb, der über 7-Stunden-Tag, 15-24tägigen Urlaub und Schwere der Ar-

beit, über kostenlose und permanente medizinische Versorgung durch mehrere Ärzte, 100%ige Versorgung mit Betriebswohnungen (Miete — 5% des Lohns), 90%ige Versorgung mit Kindertagesstätten u. ä. berichtete. Die Zahlen und Fakten der Sowchose sprachen ebenfalls für sich. Sie war von durchschnittlicher Größe mit 2 300 Einwohnern (650 Werktätige) und 8 000 ha Gesamtfläche, Krankenhaus mit 50 Betten und 45 Personen Personal, darunter mehrere Ärzte, polytechni-



SPARTAKISTEN im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaftsorganisation einer sowjetischen Werkzeugmaschinenfabrik

nische Oberschule mit 500 Plätzen, Kindertagesstätte für alle nicht schulpflichtigen Kinder, Kulturpalast mit 500 Plätzen, 4 Veterinäre, 2 500 Stück Vieh, 70 Traktoren, 80 LKWs und 20 Mähdreschern. Produziert wurden hier Getreide, Kartoffeln, Milch und sämtliche Gemüsesorten. Umsatz pro Jahr: 2 Millionen Rubel.

Überwältigender noch als bei der Ankunft und bei ähnlichen Anlässen war die Herzlichkeit, mit der die jungen Gäste aus der BRD auf der Sowchose empfangen und dann auch mit sämtlichen Herrlichkeiten der russischen Küche bewirtet wurden.

Sehr herzlich war während des gesamten Lageraufenthaltes das Verhältnis zwischen den Teilnehmern aus der UdSSR und der BRD. Auch die sprachliche Verständigung klappte sehr gut, da viele der sowjetischen Jugendlichen deutsch sprachen. Deutsch ist übrigens die am häufigsten gewählte Fremdsprache an den

sowjetischen Schulen. Gemeinsam gestaltete Kulturabende taten ein übriges, um das gegenseitige Verständnis und Kenntnisse voranzutreiben. Gemeinsam wurde auch gearbeitet. Gearbeitet zur Unterstützung des Kampfes der indochinesischen Völker gegen die Aggression des USA-Imperialismus. 3 Stunden Arbeit in einem forstwirtschaftlichen Betrieb erbrachten 160 Rubel, die auf ein Konto der südvietnamesischen Befreiungsfront überwiesen wurden.

Die kleinen „Olympischen Spiele“, die an 2 Tagen durchgeführt wurden, sahen die Komsomolzen in fast allen Disziplinen vorn. Nur drei Wettbewerbe konnten von „Sportlern“ aus der BRD gewonnen werden. Mit besonderem Stolz nahm ein Spartakist seine Medaille entgegen. Er hatte von den 4 Schachspielern aus der BRD den heftigsten Widerstand geleistet und war „erst“ nach 12 Minuten matt. Alle Delegationen begrüßten dieses Treffen, das erste seiner Art zwischen Jugend-

lichen aus der UdSSR und der BRD, undstellten die Nützlichkeit derartiger Begegnungen fest, die es den Jugendlichen verschiedener Länder ermöglichen, „ihre politischen Ansichten besser kennenzulernen, Arbeitserfahrungen auszutauschen und zur Vertiefung der gegenseitigen Verständigung zwischen der Jugend der UdSSR und der BRD“ beizutragen.

Auf ihrer abschließenden Pressekonferenz in der Botschaft der BRD in Moskau informierten die beteiligten Jugendverbände aus der BRD die Presse über das Ergebnis dieser ersten Begegnung und bedauerten, keine Gegeneinladung an die sowjetischen Gastgeber aussprechen zu können, da bis auf die Jungdemokraten keine der beteiligten Organisationen Gelder aus dem Bundesjugendplan bekommen, andere Organisationen jedoch, wie etwa die Deutsche Jugend des Ostens, trotz ihrer revanchistischen und verständigungsfeindlichen Politik, weiter aus diesen Mitteln gefördert würden.

## CDU hetzt gegen das IMSF

In einer von dem CDU-Mann Borsche an die hessische Landesregierung gerichteten Kleinen Anfrage im Landtag wird gefragt, ob sich das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen eindeutig auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt“. Weiter will der Unternehmer-Vertreter wissen, ob der Landesregierung „Hinweise bekannt geworden (sind), wonach Mitarbeiter dieser Einrichtung in regelmäßigen Abständen oder zumindest sehr häufig Reisen in die Hauptstädte des Ostblocks unternehmen?“

In einer Presseerklärung stellt das IMSF dazu fest, daß Borschess Anfrage eindeutig denunziatorische Ziele habe. „Borsche erkennt sich zum Zensor über den wissenschaftlichen Charakter von Untersuchungen und Publikationen“, heißt es in der Stellungnahme des Instituts. „Derartige Anmaßungen werden von uns mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Der ‚Wissen-

schaftsbegriff profilierter CDU/-CSU-Vertreter und insbesondere ihre Vorstellung von ‚wissenschaftlicher Objektivität‘, die offensichtlich auch Borsche teilt, sind hinlänglich bekannt: Bedingungslose Rechtfertigung der profitorientierten Unternehmerwirtschaft und ihrer Dogmen mit besonders antiquierten Apologien. Borschess Angriff gegen das IMSF muß deshalb auch als Angriff der CDU gegen jegliche, kritische Rationalität und demokratische Zielsetzung verpflichtete Wissenschaft gewertet werden. . . .

Auch die Frage Borschess, ob Mitarbeiter des IMSF „sehr häufig Reisen in Hauptstädte des Ostblocks unternehmen“ - die ganz offensichtlich darauf abzielte diese Reisen in die Nähe verfassungsfeindlicher Tätigkeit zu rücken - zeigt hinreichend seinen besonders bornierten Antikommunismus, der den Kampf gegen die Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung einschließt.“

„rote blätter“  
Herausgeber: Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Chefredakteur:  
Roland Lang (verantw.)

Redaktion:  
„rote blätter“  
Organ des MSB SPARTAKUS  
53 Bonn, Sternenburgstr. 73

Konto:  
Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn  
Konto Nr. 10 141440

# Die katastrophale Wohnsituation der Studenten

**Ein Student, der sich heute ein Zimmer sucht, muß für diese Suche eine Dauer von mehreren Monaten veranschlagen. Diese Wartezeit muß er nicht selten in Hotels, Jugendherbergen oder Gartenlauben verbringen. An annehmbare Angebote ist schwer heranzukommen, die Studentenwerke haben häufig ihre Vermittlungsdienste eingestellt, da die meisten Vermieter ihre Wohnungen durch Makler vermitteln lassen. Die Miete von Wohnungen ist verbunden mit hohen Abschlagszahlungen, Baukostenzuschüssen oder Mietsicherungen, also unerschwinglich für einen normalen Studenten. Auch die Maklergebühren kann man sich ohne finanzielle Rücklage nicht leisten, sie betragen mindestens eine Monatsmiete und werden oft sogar verlangt, wenn die Vermittlung gar nicht zustande gekommen ist. Das sind Methoden eines kriminellen Wuchergewerbes.**

Die Wohnungsknappheit wird in zunehmendem Maß von Maklern und Hausbesitzern derart ausgenutzt, daß sie sich darauf spezialisieren, Wohnungen in lukrative „Studentenappartements“ aufzuteilen. Denn der Quadratmeterpreis ist in der Regel für ein Einzelzimmer zwei bis fünfmal so hoch wie der für Wohnungen. Für dieses Geschäft werden bevorzugt Altbauten benutzt, die so und so renoviert werden müssen, um nicht zu verfallen. Die meist alten Mieter dieser Wohnungen werden erbarmungslos auf die Straße gesetzt, oder durch Schikanen vertrieben — Fälle von Selbstmorden von Rentnern, die sich der Wohnungssuche wegen der hohen Preise nicht mehr gewachsen fühlten, sind aus der Presse bekannt. Die Durchschnittspreise für Studentenzimmer liegen heute bei DM 11,— bis DM 15,— pro qm (Kiel), sie sind in Westberlin in den letzten zwei Jahren durchschnittlich um 50,— DM pro Zimmer gestiegen. Das bedeutet, daß Studenten nicht selten bis zur Hälfte ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen. Hierbei ist zu erwähnen, daß nur ein sehr geringer Teil der Studenten Wohn-

geld bekommt, nur 22% werden durch eine Ausbildungsbeihilfe unterstützt (Im Höchstfall DM 400,-). Dies zeigt einmal mehr, wie sehr die Studienbedingungen für Studentensöhnen aus privilegierten Schichten zugeschnitten sind, und welchem Druck ein minderbemitteltes Arbeiterkind ausgesetzt ist — Konsequenzen eines sozialen Numerus Clausus, der nicht zuletzt durch das neue Bafög zementiert wird.

Die dargestellten Wohnungsprobleme betreffen selbstverständlich nicht nur die Studenten — sie betreffen den größten Teil der Bevölkerung. Die Zahl derer, die es nicht schafft, eine Wohnung zu bekommen und in den Baracken der Obdachlosensiedlung landet, steigt an — sie beträgt inzwischen über 800 000. 1969 hatten Amtsgerichte 55 000 Fälle von Räumungsklagen zu entscheiden — sie entschieden in 95% für die Räumung des Mieters. Der Bau von Sozialwohnungen ist stark zurückgegangen und vielerorts eingestellt worden. Er „lohnt“ sich nicht mehr, da die Baukosten durch die Preistreiberei der Baufirmen astronomisch gestiegen sind und kaum eine Stadt es sich bei ihrer Verschuldung leisten kann, teuren Boden zu kaufen, der ihr keinen Gewinn bringt. Die Bodenpreise sind von 1962 — 70 um 140% gestiegen, seit Ende des Krieges wurden über 100 Milliarden Spekulationsgewinne gemacht. Das Ergebnis ist: es fehlen in

der BRD 1,75 Mill. Wohnungen, der Index für Mieten stieg von 99% 1962 über 115,6% 1965 auf 174% in diesem Jahr. Die relativ stärksten Mieterhöhungen weisen dabei die Wohnungen der unteren Preisstufe auf. In den ersten 4 Monaten 1971 stieg die Miete in Altbauwohnungen um 4,3%, in Neubauwohnungen um 3,2%.

Die Grundlage für diese Situation ist in den über 20 Jahren kapitalistischer Wohnraumpolitik der BRD entstanden: Nach dem Krieg war die CDU durch den Fehlbestand von 5 Mill. Wohnungen (1948/49) gezwungen, Zwangsbewirtschaftung und Mietenbindungen beizubehalten. In dem ersten Wohnungsbaugesetz 1950 wurde festgelegt:

— Staatliche Darlehen, die verbunden waren mit Richtatzmiete und Einweisung der Mieter durch das Wohnungsamt. So entstand der soziale Wohnungsbau.

— Steuerbegünstigungen: sie sollten den privaten Wohnungsbau fördern, der an die Kostenmiete gebunden war.

Durch verstärkte Kapitalbildung, verbunden mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, wurde die Möglichkeit geschaffen, durch Finanzierung des Wohnungsbaus (Zinsen!) Geschäfte zu machen. Als Folge wurde 1957 durch das zweite Wohnungsbaugesetz die unliebsame Konkurrenz der staatlichen Kredite aus der Welt geschafft — von nun an



ersetzte der Staat den auf dem freien Kapitalmarkt aufgenommenen Darlehen die verlorenen Zins- und Tilgungskosten. Nun ging es den Hausbesitzern nur noch darum, die Aufhebung der lästigen Mietpreisbindungen durchzusetzen — sie erreichten ihr Ziel 1960 durch die Licker-Gesetze. Dieses „Gesetz über den Abbau der Wohnungswangswirtschaft und ein soziales Mietrecht“ unterwirft Wohnungswirtschaft und Mietpreisrecht vollends der „freien Marktwirtschaft“ — das heißt der kapitalistischen Profitgier — was die Bevölkerung der Weißen Kreise (Gebiete, in denen die Wohnraumbewirtschaftung außer Kraft gesetzt ist) bald zu spüren bekam. (Siehe Angaben über die Mietensteigerung!). Der Schlüssestein der von Kapitalinteressen gesteuerten Wohnungspolitik der CDU bildet das Wohngeldgesetz von 1965. Diese sogenannte Individualförderung soll die Förderung von Bauprojekten ablösen — sie soll die sozial schwachen Mieter zahlungsfähig für Wuchermieten (Altbau) machen — auf Kosten der Steuerzahler. Der SPD blieb — wie üblich — die Aufgabe, die Krise auf dem Wohnungssektor durch „Reformen“ zu Leibe zu rücken, ohne dabei den am Profit Interessierten wehe zu tun, und sich dennoch das Image des „Helfers des Mieter“ zu geben. Unter dem Motto „Rettet unsere Städte jetzt“ entstand das Städtebauförderungsgesetz, es wurde mit Hilfe der CDU jedoch so gründlich verwässert, daß nicht die Städte, sondern die Sanierungsspekulanten gerettet wurden. Alle Bestimmungen,

die eine Kommunalisierung des Bodens (Entzug des Bodens aus der Privathand) möglich gemacht hätten, wurden so weit gefaßt, daß der Grundbesitzerlobby ein weiter Spielraum zum Druckausüben eingeräumt wurde. Das neue Mietgesetz verspricht großartig einen Schutz vor Mietwucher, der bisher nur äußerst selten eingeklagt werden konnte. Richtschnur für den Mietwucher ist schlauerweise der Vergleich mit der ortsüblichen Miete. Das bedeutet: die „Großen des Wohnungsmarktes“ (der wie die übrige Wirtschaft starken Konzentrationserscheinungen unterliegt), die die ortsübliche Miete bestimmen, werden zum Maßstab des Vergleichs gemacht. Gleichzeitig wird all denen, die unter der Vergleichsmiete liegen, ein Freibrief zur Mieterhöhung gegeben.

Wenn die durch die bestehenden Wohnverhältnisse mit Füßen getretenen Grundrechte der Menschenwürde, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, des Schutzes der Familie Wirklichkeit werden sollten, müssen folgende Sofortmaßnahmen ergripen werden:

- Einziehung der Spekulationsgewinne und Zuführung für den sozialen Wohnungsbau,
- Wirksame Maßnahmen gegen das Steigen der Bau- und Bodenpreise (Preisstop, Preisüberwachung),
- Befristeter Mietenstopp bis ein ausreichender Mietenschutz eingeführt ist, Ausarbeitung eines verpflichtenden Mustermietvertrags,

- Mitbestimmung der Mieter bei Gestaltung der Mietverhältnisse,
- Staatliche Wohnungsvermittlung statt Maklerunwesen,
- Solange noch keine niedrigen Mieten durchgesetzt sind: Ausweitung der Wohngeldunterstützung (auch auf Studenten!),
- Kräftige Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau durch Senkung der Rüstungskosten und höhere Besteuerung der Unternehmergevinne.

Längerfristig können diese Maßnahmen nur abgesichert und weitergeführt werden, wenn das Wohnungswesen zu einer sozialen Gemeinschaftsaufgabe gemacht wird. Das bedeutet:

- Einführung einer Sozialmiete, die nicht 12% des Nettoeinkommens des Mieters übersteigen darf,
- Der Großbesitz an Wohnungen durch private Kapitalgesellschaften ist in gemeinschaftliches Eigentum der Mieter oder ähnliche gemeinnützige Formen zu überführen.
- Grund und Boden, der zum Wohle der Allgemeinheit für die sozialen Aufgaben des Wohnungsbaus oder andere Gemeinschaftsaufgaben benötigt wird, ist in öffentliches Eigentum zu überführen.
- Bau von mindestens 500 000 Wohnungen im Jahr, die zu 80% durch öffentliche Mittel finanziert und gefördert werden.

sabine wendt

## Teils heiter

### Warum sich Arbeiter keine Fabrik kaufen

Richtig ist, daß am produktiv arbeitenden und gleichzeitig haftenden Kapital in der Wirtschaft nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung beteiligt ist. Der Grund: Bis heute sind noch nicht allzu viele bereit, ihr Geld tagtäglich den Risiken und Wagnissen des Wettbewerbs auszusetzen. Wer das aber tat und tut, hat damit wesentlich dazu beigetragen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik zu einer Hochleistungswirtschaft werden konnte, die Erfolge für alle bringt — und nicht nur für eine Mini-Clique. (MOMENT-Extrablatt. Herausgegeben von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Köln, 1971)

### Des Rätsels Lösung

Tito besitzt allein 6 Privatschlösser und Villen, eine Leibkuh begleitet ihn auf Reisen im Flugzeug — zum Beispiel nach Indonesien —, da ihm die Milch normaler Kühe nicht bekommt, lebt der größte Teil der jugoslawischen Bevölkerung in Armut und Elend.

(„Roter Morgen“, Zentralorgan der „KPD/ML“ Nr. 6, Oktober 1970, S. 4)

### Späte Folgen

Bezeichnende Impulse durch den „Prager Frühling“ erhielt der ehemalige Schachmeister Ludek Pachman. Der Dubcek-Anhänger wandte sich im Gefängnis, in dem er seiner subversiven Tätigkeit gegen den Sozialismus wegen saß, vom Kommunismus ab und der römisch-katholischen Kirche zu. Nach seiner Freilassung ließ er sich im Katechismus unterrichten und taufen. Zu einer nachträglichen Einsegnung seiner 25jährigen Ehe durch die Kirche kam es, entgegen ursprünglichen Meldungen, nicht.

# MSB

# SPARTAKUS

## verstärkt internationale Kontakte

### PARIS

Nachdem bereits unmittelbar nach dem ersten Bundeskongreß der MSB, vertreten durch den Vorsitzenden Christoph Strawé und den stellvertretenden Vorsitzenden Jürgen Büscher, auf Einladung des Zentralrates der FDJ an deren 9. Parlament in Berlin teilgenommen hatte, weilte auf Einladung der Nationalleitung der Union der kommunistischen Studenten Frankreichs eine Delegation des SPARTAKUS, bestehend aus Christoph Strawé und Peter Schöttler, Mitarbeiter des Sekretariats, am 11. und 12. Juni in Paris.

Sie wurde vom Sekretär der Kommunistischen Jugendbewegung Frankreichs, Jean Michel Catala, sowie von der Nationalleitung der UECF empfangen.

Zum Abschluß ihrer Besprechungen unterzeichneten die Vertreter der UECF und des MSB SPARTAKUS ein Kommuniqué, in dem die Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Grundfragen betont wurde. Weiter heißt es: „In Europa werden sie gemeinsam mit allen Friedenskräften den Kampf für die Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit, der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und die Abrüstung vorantreiben.“ Es wurde beschlossen, den Informations- und Publikationsaustausch zu verstärken.

### PRAG

Als Vertreter des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS nahm Christian Planer an einem vom Sozialistischen Jugendverband der CSSR vom 15. - 17. Juni 1971 veranstalteten internationalen Seminar zu Fragen der Europäischen Sicherheit teil. Der Einladung der Gastgeber waren neben Delegationen des Weltbundes der demokratischen Jugend und des Internationalen Studentenbundes 23 Delegationen aus 16 europäischen Ländern gefolgt.

### ROSTOCK

Unter der Losung „Die Ostsee muß ein Meer des Friedens werden“ trafen sich Vertreter von Jugend- und Studentenorganisationen aus acht Ländern im Rahmen der Rostocker Ostseewoche 1971 zu einem Jugendtreffen der Ostseestaaten, Norwegens und Islands. Aus der Bundesrepublik waren der SPARTAKUS, die SDAJ, der vds und SHB der Einladung der FDJ gefolgt. Aufgrund der starken Beteiligung der Jugendorganisationen aus den Skandinavischen Ländern, insbesondere auch sozialdemokratischer Verbände, wollte nun auch die SPD bei diesem traditionellen Treffen nicht mehr abseits stehen. Das erste Mal nahm deshalb auch ein Vertreter des Bundesausschusses der Jungsozialisten teil, wohl in der Hoffnung, die skandinavischen sozialdemokratischen Vertreter auf die politische Linie der westdeutschen Sozialdemokratie einschwören zu können.

Vergebliche Müh. Ohne Gegenstimme wurde die Abschlußerklärung verabschiedet, in der die Organisationen betonten, ihre Kräfte im weltweiten Kampf für Frieden und Sicherheit, gegen Imperialismus und Reaktion verstärkt einzusetzen und vereinen zu wollen.

In vielen zweiseitigen Gesprächen konnten die Vertreter des SPARTAKUS über den Kampf der fortschrittlichen Studentenorganisationen in der BRD berichten. Von den sozialdemokratischen Genossen aus Skandinavien wurde dabei besonders auf die Wichtigkeit der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hingewiesen und die Ansätze des gemeinsamen Kampfes im Hochschulbereich begrüßt.

# Phantome statt Bildung

Haushalt 1972, Mittelfristige Finanzplanung, Steuerreform: Arbeiter zur Kasse!

„Nur am Rande gestreift“ wurden Bildung und Wissenschaft, schreibt die WELT, als Minister Schiller den Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 1972 vor der Presse erläuterte. Denn, so fährt Springer sprachrohr fort (11. 9. 71), „Schmidt und Leber gelten als Sieger der Etat-Debatte.“

Tatsächlich verdienen die beiden Sieger Springer Lorbeerkrone. Ihre Namen stehen für die Pfeiler, auf denen die Bundesregierung die zweite Halbzeit ihrer Amtsperiode aufbaut: beschleunigte Aufrüstung und noch stärkere Belastung der arbeitenden Bevölkerung.

## In der Rüstung sind Sie fix. . .

Der Löwenanteil des Bundeshaushalts verschwindet in der Rüstung. Von den 106,5 Milliarden DM des Gesamthaushalts sind 24,2 Milliarden offen für die sogenannte „Verteidigung“ ausgewiesen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 11%, während der Gesamthaushalt nur um 8% steigt. Doch damit nicht genug: außerdem sind da noch Devisenausgleichszahlungen an die USA, — sie werden wahrscheinlich rund 3 Milliarden DM betragen —, mit denen sich die Bundesrepublik an der Finanzierung des US-Völkermordes in Südost-Asien beteiligt. Dann sind weitere Milliarden ganz verschämt über eine Reihe harmlos aussehender Haushaltstitel verteilt, wie z. B. den Wissenschaftsetat. Hervorzuheben ist der Einzelplan 60, der zusätzlich 560 Millionen DM für Rüstungszwecke vorsieht, darunter einen

Teil der Beschaffungskosten für die 175 Phantom-Jäger F-4F. Die Beschaffung dieser „Ergänzungsflugzeuge“ ist übrigens mit dem Auftrag zur Herstellung der Düsentriebwerke an die Motoren- und Turbinen-Union (Daimler und MAN) verbunden, der diesen westdeutschen Konzernen die beachtliche Starthilfe von 520 Millionen DM zum Einstieg in das NATO-Rüstungsgeschäft einbringt. (vgl. FR, 11. 9. 71). Falls darüber hinaus aus konjunkturpolitischen Gründen der Eventualhaushalt in Höhe von 2,5 Milliarden DM eingesetzt wird, sind davon für die Rüstung allein eine Milliarde DM vorgesehen.

## Munition für Ultrarechts

Das politisch gefährlichste an diesem Haushalt ist die Munition, die er dem Block der reaktionären Kräfte in der BRD liefert. Strauß, als Führer des Rechtsblocks, zugleich sinnvollerweise wirt-

# UZ. Marx schreibt mit!

Manchmal auch Engels. Häufig übrigens Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten.

Also steht der Kapitalismus in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Also wird der Imperialismus in jeder Nummer durchleuchtet. Auch diese Befunde stehen in der UZ. Und was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten, steht ebenfalls in der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.



Dr. Wenzel-Verlag GmbH

A 60 — Abteilung 41  
Duisburg-Beeck  
Pothmannstr. 12

schaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schoß denn auch sofort scharf gegen die „Inflationspolitik im Staatshaushalt“ und die „Mehrbelastung des Verbrauchersteuerzahlers“. Die ungeheure soziale Demagogie, die Strauß & Co. hier entfalten, wird bereits deutlich, wenn man sich vor Augen führt, welche Belastungen für den Verbrauchersteuerzahler eine CDU/CSU-Regierung brächte: die Steuerreformkommission der Bundesregierung, die noch von der Großen Koalition eingesetzt wurde und deren Vorsitzender das Vorstandsmitglied der Bayrischen Vereinsbank, Eberhard (CSU), war, hat kürzlich in ihrem Vorschlag zur Steuerreform eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 11% auf 15,5% empfohlen. Diese Kreise, die sich ständig als Anwalt des kleinen Mannes aufspielen, sind in Wahrheit die sozialreaktionärsten und aggressivsten Kräfte in der BRD, die Hauptkräfte des Monopolkapitals.

Die von Monopolinteressen geleitete Politik der SPD-geführten Regierung plante ihnen das Manövriertfeld, auf dem sie alle Hebel der sozialen Demagogie und des Nationalismus in Bewegung setzen, um selbst wieder die unmittelbare politische Macht ausüben zu können. Nur eine Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, ohne „Kompromisse“ mit den Monopolen, kann die Rechtskräfte schwächen. Nur wenn der Hauptstoß des demokratischen Kampfes — auch im Kampf gegen Rüstungshaushalt und Steuererhöhungen! — gegen das Monopolkapital und seine ultrarechte politische Mafia um Strauß & Co. gerichtet ist, kann damit zugleich der Kampf gegen die proimperialistische Politik der SPD/FDP-Bundesregierung wirksam geführt werden.

## Bildungsboom: Ein Phantom!

28,6% ist die stolze Steigerungsrate des Etats für Wissenschaft und Bildung. Deshalb von der Wissenschaft als einem Schwerpunkt des Bundeshaushaltes zu sprechen, wie es die Bundesregierung tut, ist aber grobe Irreführung. Mit 5,2 Milliarden DM (1971: 4,0 Milliarden DM) rangiert sie nämlich unter ferner liefern. Da der Etat des Wissenschaftsministeriums zu über 50% für spezifische Forschungsprogramme ausgegeben wird, beträgt der tatsächliche Anteil des Bundes an den gesamten staatlichen Aufwendungen für die Entwicklung und den Unterhalt des Wissenschafts- und Bildungswesens in der BRD nur knapp mehr als 6%. Es ist zwar zur Irreführung der Öffentlichkeit von der CDU/CSU und der Springer-Presse viel Geschrei über den angeblichen Boom der Bildungsausgaben der Bundesregierung veranstaltet worden, aber die eigentliche Lücke in der Bildungsfinanzierung klafft bei den Ländern. Die Länderfinanzminister haben vorgerechnet (FR, 26. 5. 71), daß die Länder und Gemeinden im Jahre 1975 im Vergleich zu 1970 20 Milliarden DM mehr für Bildung und Wissenschaft ausgeben müssen. Wie soll diese Lücke überbrückt werden? Nachdem der Etat des Bundeswissenschaftsministeriums gegenüber der letzten

Mittelfristigen Finanzplanung bereits arg zusammengestrichen worden war (ursprünglich waren schon für 1972 6,6 Milliarden vorgesehen), verfiel Leussink auf die Idee, den Ländern einen Teil der laufenden Hochschulkosten, nämlich die für Hochschulforschung (!), abzunehmen und in Form einer „Planungsreserve“ an seinen Haushalt anzuhängen. Für 1972 waren 0,5 Mrd., für 1975 3,5 Mrd. DM vorgesehen. Diese Regelung hätte der Bundesregierung zusätzlich direkte Eingriffsmöglichkeiten in den Forschungsbetrieb an den Hochschulen gegeben. Die Finanzierungsprobleme der Länder wären allerdings bei weitem noch nicht gelöst gewesen.

## Schillers Trickkiste

Der Deckel, mit dem da ein Loch aufgerissen wird, um das andere zu bedecken, ist das Mehrwertsteueraufkommen. Zur Zeit bekommt der Bund 70% des Mehrwertsteueraufkommens, und die Länder erhalten 30%. Damit die Länder mit ihren Finanzierungsproblemen fertig werden können, sollen sie ab 1. 1. 1972 3% mehr bekommen. Der Bund wiederum hat jetzt die Erhöhung der Mineralöl-, Tabak- und Branntweinsteuere beschlossen, um diesen Verlust von 3% des Mehrwertsteueraufkommens ausgleichen zu können.

Deckt diese Umschichtung die Finanzierungslücke, die auf die Länder zukommt?

Durch die jetzt beschlossenen Steuererhöhungen erwachsen dem Bund im Jahre 1975 Mehreinnahmen in Höhe von 3 Mrd. DM (FAZ, 11. 9. 71). Damit dürfen die zusätzlichen Einnahmen der Länder aus der Mehrwertsteuer im Jahre 1975 ungefähr dem Betrag entsprechen, den Leussink ursprünglich für seine „Planungsreserve“ vorgesehen hatte (3,5 Mrd. DM). Da die „Planungsreserve“ ja nur einen Teil der Finanzierungslücke der Länder schließen sollte, und es außerdem völlig unwahrscheinlich ist, daß die Länder ihre zusätzlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer ausschließlich in die Bildung stecken können, kann die Größe der für die nächsten Jahre noch verbliebenen tatsächlichen Finanzierungslücke bei den Ländern nur geahnt werden.

## Die nächste Steuererhöhung kommt bestimmt

So brauen sich die Wolken zusammen, die uns im nächsten Jahr den Sturzregen einer kräftigen Mehrwertsteuererhöhung bringen sollen, deren Ertrag aber keineswegs in erster Linie in die Bildung fließen wird. Nicht umsonst hat Helmut Schmidt die Steigerung seines Rüstungsetats um 11% als „Kompaß“ bezeichnet! Die Steuerreformkommission der Bundesregierung hat bereits eine 4,5%ige Erhöhung vorgeschlagen, der Bundesverband der Deutschen Industrie hat mittlerweile diesen Vorschlag zu seiner Forderung erhoben. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im Zuge der „EWG-Harmoni-

Die  
**Deutsche  
Volkszeitung**

steht  
links.

Die  
**Deutsche  
Volkszeitung**

ist kritisch —  
und  
konstruktiv.

Die  
**Deutsche  
Volkszeitung**

kämpft  
auf  
der  
Seite  
des  
demokratischen  
Fortschritts.

Sie  
müssen  
sie  
kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

sierung", die im Gespräch ist, ergäbe ebenfalls einen Satz von 15 bis 16%.

Bislang hat sich jedoch die Bundesregierung um eine klare Aussage dazu gedrückt. Sie will die Steuererhöhung auf Samtpfoten auf die Tagesordnung setzen. Mit den Worten Helmut Schmidts: „Entscheidend ist, daß Steuererhöhungen mit einleuchtenden und fühlbaren Verbesserungen in Richtung auf größere Steuergerechtigkeit Hand in Hand gehen.“ (Vorwärts, 15. 7. 71). Die Samtpfoten: das ist also die Steuerreform, die der „Steuergerechtigkeit“ dient. Tatsächlich scheinen die von der Bundesregierung bereits beschlossenen „Eckwerte zur Steuerreform“ und die Vorschläge der SPD-Steuerreform-Kommission unteren Einkommensgruppen geringfügige Erleichterungen zu bringen. In Wirklichkeit wird die leichte Überwälzbarkeit einiger für höhere Einkommensgruppen vorgesehenen Belastungen zu nichts anderem als zu Preissteigerungen führen, — denn an Preisstopp ist offenbar nicht gedacht.

## Bildung statt Bomben

Die Bildungsaufgaben dürfen nicht länger zum Anlaß für Steuererhöhungen genommen werden, die zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehen und deren Ertrag dann doch wieder hauptsächlich in die Rüstung fließt.

Für Schüler und Studenten, die für die Ausweitung des Bildungswesens und für ein materiell gesichertes Studium kämpfen, heißt das:

- Kampf an der Seite der Arbeiterklasse für die steuerliche Entlastung der Masseneinkommen, für die verstärkte Besteuerung von Großvermögen und Monopolprofiten bei gleichzeitigem Preisstopp!
- Kampf für weitere Fortschritte in Richtung auf eine Europäische Sicherheitskonferenz, Kampf für die Nutzung der damit gewonnenen Möglichkeit, die Rüstungsausgaben zu senken.
- Kampf für die Einstellung der Deviseausgleichszahlungen an die USA!

Monopole an die Kasse: nur so können die Mittel für eine demokratische Bildungsreform aufgebracht werden.

## Persepolis

Mitte Oktober findet in Persepolis die 2500-Jahrfeier des reaktionären Schah-Regimes statt. Anlässlich dieses Ereignisses hat die Conföderation Iranischer Studenten (CISNU) zu Protestaktionen in der BRD aufgerufen. Dabei wird die CISNU vom VDS-Vorstand und von vielen ASten unterstützt. Auch der MSB SPARTAKUS unterstützt die geplanten Aktivitäten. Unsere Bedingung: Einheit in den Lösungen. Folgende Lösungen sollen entwickelt werden:

- Für den Kampf des persischen Volkes gegen Imperialismus und Ausbeutung!
- Gegen die Unterstützung des reaktionären Schah-Regimes durch das westdeutsche Monopolkapital!
- Für die Aufhebung des Verbots der Tudeh-Partei, der CISNU und aller anderen demokratischen Organisationen im Iran!
- Einstellung der Tätigkeit des Savak im Iran und in der BRD!
- Unbehinderte politische Betätigung für persische Demokraten in der BRD!
- Statt Millionen für die Jubelfeier — Verbesserung der sozialen Lage der iranischen Bevölkerung!

Für uns kann nicht die moralische Entrüstung über die Teilnahme Heinemanns im Vordergrund stehen, sondern die Erkenntnis, daß auch im Fall Persien der westdeutsche Imperialismus im Bündnis mit dem englischen und amerikanischen Imperialismus ein reaktionäres Regime unterstützt. Konsequente Solidarität mit dem persischen Volk bedeutet Kampf gegen das Monopolkapital im eigenen Land.

## Neue Veröffentlichungen des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen e. V.

### Entwicklung der antialperialistischen Befreiungsbewegung in der Dritten Welt

ca. 170 Seiten, Heft 4/71 des Marxismus Digest, Studentenvorzugspreis DM 5,— (sonst DM 8,—), Auslieferung Oktober/November 71  
Der Band enthält u. a. folgende Beiträge:  
Perspektiven der Nationalen Befreiungsbewegung  
Einige Probleme der vietnamesischen Revolution  
Nationale Befreiungsbewegung und Revolution in Asien und Afrika  
Politische und ökonomische Grundlagen des Mehrparteiensystems in Chile  
Geht in Peru eine Revolution vor sich?  
Anhang: Auszüge aus dem dreibändigen sowjetischen Standardwerk „Klassen- und Klassenkampf in der Dritten Welt“, Bibliographie zum Thema

### Neue Aspekte der Monopoltheorie

227 Seiten, Heft 3/71 des Marxismus Digest, Studentenvorzugspreis DM 5,— (sonst DM 8,—)  
Der Band enthält u. a. folgende Beiträge:  
Konzentration und Monopol  
Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum  
Finanzkapital u. Preisbildung im staatsmonopolistischen Kapitalismus  
Internationale Konzerne, Integration und nationale Souveränität  
Internationale Konzerne und wirtschaftliche Unterentwicklung  
Überakkumulation — Monopole — staatsmonopolistischer Kapitalismus heute  
Ausführliche Bibliographie zum Thema (ca. 400 Titel nachgewiesen).

### Geschichtstheorie und Geschichtsschreibung

144 Seiten, Heft 2/71 des Marxismus Digest, Studentenvorzugspreis DM 5,— (sonst DM 8,—)  
Der Band enthält u. a. folgende Beiträge:  
Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft  
Lenin und der Begriff der „Epoche“ in der Weltgeschichte  
Zwei aktuelle Probleme der geschichtlichen Entwicklungsfolge fortschreitender Gesellschaftsformationen  
Das Verhältnis von Tendenz und Gesetz in der gesellschaftlichen Entwicklung  
Grundlinien und Entwicklungstendenzen in der westdeutschen Geschichtsschreibung.  
Dem Heft ist ferner eine Bibliographie zur marxistischen Geschichtstheorie beigegeben.

### Bestellungen an:

Institut  
für Marxistische Studien  
und Forschungen e. V.  
6000 FRANKFURT (MAIN) 1  
Liebigstraße 6

# **Antworten Sie, Herr Genscher!**

Der Stellvertretende Vorsitzende des Marxistischen Studentenbundes **SPARTAKUS**, Michael Maercks, richtete am 28.9.71 einen Brief an den Bundesminister des Inneren mit folgendem Wortlaut:

**Sehr geehrter Herr Minister Genscher!**

In einem Interview mit der 'Welt' vom 25.9.71 richtete der ehemalige Bundesminister Benda die Aufforderung an Sie, unverzüglich Maßnahmen gegen die DKP, gegen den MSB SPARTAKUS und gegen die SDAJ einzuleiten. Unter anderem stellt Herr Benda dabei folgende Forderungen auf:

„DKP- und Spartakus-Mitglieder sind im öffentlichen Dienst untragbar. Soweit die bestehenden Rechtsgrundlagen nicht ausreichen sollten, sind sie zu schaffen oder zu ergänzen. Wir sind bereit, hieran mitzuwirken.“

Was Herr Benda hier von Ihnen fordert, ist nichts weiter als die Neuauflage der 'Blitzgesetze' vom 11.7.1951. Daß die CDU/CSU ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bekundete, ist verständlich.

Sind es doch erst 20 Jahre her, daß die Regierung Adenauer jenes Strafrechtsänderungsgesetz im Parlament durchpeitschte. Damit begann die Aushöhlung des Grundgesetzes, die Entrechtung breiter Kreise der Bevölkerung. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurde ein System der politischen Gesinnungsjustiz aufgebaut, wurden analog den Sondergerichten des Nationalsozialismus die politischen Sonderstrafkammern eingerichtet. In der Zeit von 1951 bis 1961 wurden etwa 200 000 politische Ermittlungsverfahren gegen rund 500 000 Bundesbürger eingeleitet. Betroffen waren Kommunisten, Sozialdemokraten, fortschrittliche Liberale. Das Gesetz war die Grundlage für die Eliminierung fortschrittlicher Gewerkschafter u. antifaschistischer Lehrer. Haß und

Hetze gegen benachbarte Völker zogen wieder in die westdeutschen Schulen ein. Die Folgen sehen wir alle gerade heute, wenn die reaktionären Kräfte jene Generation zum Adressaten ihrer friedensfeindlichen Propaganda machen wollen.

Herr Minister,

wenn nun heute ein Mitglied jener CDU, die den damaligen politischen Gesinnungsterror zu verantworten hat, die auch heute gegen jede Politik der Entspannung und des Friedens kämpft, Sie auffordert, zum Mc Carthy der Bundesrepublik zu werden, so hat die demokratische Öffentlichkeit ein Recht darauf, von Ihnen zu erfahren, inwieweit Sie sich von dieser Aufforderung der Reaktion distanzieren. Es darf keinen Weg zurück in den Kalten Krieg geben.

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS hat in seinen Dokumenten klar erklärt, daß er die Grundrechte gegen jede weitere Aushöhlung verteidigen wird, ohne jedoch im bestehenden zu verharren.

Zur Darlegung unserer Programmatik werden wir Ihnen in den nächsten Tagen das als Buch erschienene Protokoll des 1. Bundeskongresses unserer Organisation zusenden. Zugleich erklären wir, daß die von Ihrem Staatssekretär Dorn geforderte stärkere politische Auseinandersetzung mit der Programmatik unseres Verbandes an uns nicht scheitern soll. Wir möchten hier noch einmal deutlich erklären, daß wir zu jeder Diskussion, besonders öffentlich, bereit sind.

gez. Michael Maercks  
Stellv. Vors.

# Unter dem Banner des Nationalismus

Robert Farle

## Zur Außenpolitik der VR China

Auf der internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969 wurde ein Dokument verabschiedet, das wesentlich zur weiteren Vereinheitlichung und Stärkung des Kampfes aller antiimperialistischen Kräfte beigetragen hat. Es wurde festgestellt daß „die Treue zum Marxismus - Leninismus, zum proletarischen Internationalismus, aufopferungsvoller und treuer Dienst an den Interessen des eigenen Volkes, an der gemeinsamen Sache des Sozialismus . . . die unablässige Bedingung für die Wirksamkeit und die richtige Orientierung der einheitlichen Aktionen der Kommunistischen und Arbeiterparteien, das Unterpfand ihres Erfolges bei der Verwirklichung ihrer historischen Ziele ist“ (1). Daran, ob und wie die auf dieser Beratung fehlende KP Chinas inzwischen zur Verstärkung der Solidarität im weltrevolutionären Prozeß beigetragen hat, läßt sich exakt messen, ob ihre Außenpolitik vorbehaltlos den Interessen des Friedens und des Sozialismus nützt.

Bekanntlich stand am Ende der ‚Kulturrevolution‘ zur Freude des Großkapitals und der Reaktionäre in aller Welt die Behauptung, die Sowjetunion sei ein ‚finsterner faschistischer Staat der Diktatur der Bourgeoisie‘. Es lohnt nicht auf die zudem noch spärlichen Versuche eines materialistischen Analyseersatzes zur Stützung dieser These einzugehen, wohl aber auf ihre außenpolitische Bedeutung. Die Rolle der Sowjetunion als der Hauptmacht des Sozialismus, was ihre ökonomische, militärische und politische Bedeutung anbelangt, ihre Rolle im internationalen Klassenkampf, würdigte Fidel Castro, Führer des in vorderster Front „. . . Kampf gegen den US-Imperialismus stehenden Kuba auf einer Massenkundgebung zum 100. Geburtstag Lenins wie folgt: „Überall wo der Imperialismus zuschlägt, stößt er auf das Land, den Staat, der in den notwendigen Mengen Waffen schickt, damit sich die Völker gegen den Imperialismus verteidigen können.“

In diesen Tagen erinnern wir uns an Playa Giron, und wir erinnern uns gut an jene Fliegerabwehrgeschütze, Panzer, Kanonen und Granatwerfer, an all die Waffen, mit deren Hilfe wir dort die Söldner zerschlagen konnten. Mit anderen Worten. Die Existenz des Sowjetstaates ist objektiv eine der bedeutendsten Errungenschaften der revolutionären Bewegung“ (2). Und Le Duan, 1. Sekretär der Partei des werktätigen Vietnams, der es ja wissen muß, dankte der Sowjetunion für ihre unermeßliche Hilfe im heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes anlässlich des 24. Parteitages der KPdSU mit den Worten: „Die Arbeiterklasse und das Volk Vietnams werden der Partei des großen Lenin und dem heldenhaften Sowjetvolk ewig dankbar sein“ (3). Nicht die Verbalbegriffe der maoistischen Führer sondern ihre damit gerechtfertigten Taten in Bezug auf das sozialistische Lager gilt es also zu untersuchen.

## Mao und die sozialistischen Länder

Liest man aufmerksam die Peking-Rundschau der letzten Monate, wird man auf die peinliche Tatsache gestoßen, daß die VR China ihre Kontakte ausgerechnet zu Jugoslawien umfassend intensiviert und die Errichtung eines antisowjetischen Militärblockes (unter Einschluß Rumäniens) anstrebt. Eine Militärdelegation, gewappnet mit den leuchtenden Ideen Maos, besuchte bereits beide Staaten (4). Peinlich ist dies deshalb, weil Peking 1963 in einer ausgedehnten Polemik mit der Sowjetunion getreten war, in der sie dieser vorwarf, sie versuche Jugoslawien immer noch für den Sozialismus zu gewinnen, während man es doch schon längst bis aufs Messer bekämpfen müsse. Folgende Einschätzung findet man in der heute immer noch vertriebenen Broschüre „Ist Jugoslawien immer noch ein sozialistischer Staat“ S. 34: „Mit dem konkreten Beispiel der Wiederherstellung des Ka-

pitalismus in Jugoslawien hilft die Tito-Clique dem USA-Imperialismus, seine Politik der sogenannten „Friedlichen Evolution“ in die sozialistischen Länder einzuschmuggeln. Unter dem Aushängeschild eines sozialistischen Staates bekämpft und zerstört die Tito-Clique aufs wütendste das sozialistische Lager und dient als Stoßtrupp in der Hetzkampagne gegen China . . . Unter dem Deckmantel der „Blockfreiheit“ und „aktiven Koexistenz“ versucht die Tito-Clique, die nationale Befreiungsarmee in Asien, Afrika und Lateinamerika zu untergraben, und dient damit dem Neokolonialismus der USA . . . Unter dem Vorwand des Kampfes gegen „Stalinismus“ verspritzt die Tito-Clique überall ihr Gift des Revisionismus und bekämpft die Revolution der Völker aller Länder. Bei allen wichtigen Ereignissen im letzten Dutzend von Jahren hat die Tito-Clique ständig die Rolle eines Handlängers des USA-Imperialismus gespielt.“

Die Politik Titos ist im wesentlichen die alte geblieben, nicht aber die der VR China. Sie versucht nunmehr mit allen Mitteln ein antisowjetisches Bündnis mit Tito einzugehen — an der Seite des US-Imperialismus. Welches ist der ideo-logische Ansatz hierzu? Eine Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hisiän-niän verschafft Aufschluß: „Das jugoslawische Volk ist ein Volk mit ruhmreicher revolutionärer Tradition. In den letzten Jahren hat das jugoslawische Volk fremden Druck standgehalten und einen entschiedenen Kampf gegen Intervention, Subversion und Aggressionsdrohungen seitens der Supermächte geführt. Das chinesische Volk bewundert diesen Geist des jugoslawischen Volkes, sich vor keiner Gewalt zu fürchten und Kampf zu wagen . . . Das jugoslawische Volk tritt gegen die Machtpolitik der Supermächte und gegen deren Aufteilung der Einflußsphären in Europa und im Mittelmeerraum auf“ (5).

Die VR China hat sich also die Diversionspolitik, die sie seit 1963 demagogisch

**Noch nicht in Mao-Uniform: Tschu En-lai als Außenminister der VR China auf der Genfer Konferenz 1954.**



angriff, selbst zu eigen gemacht und dafür eigens eine neue Revolutionstheorie gekürt, in der marxistische Kategorien durch machtpolitische ersetzt werden: „In der heutigen Welt erheben sich immer mehr kleine und mittelgroße Staaten zum Kampf gegen die Doktrin der Großmachthegemonie . . . Ein oder zwei Supermächte halten sich für berechtigt, andere Staaten herumzukommandieren . . .

Die harten Tatsachen zeigen: wer immer die anderen mit Füßen treten, willkürlich schalten und walten, und über andere herrschen will, gegen den werden die Völker vereint kämpfen, bis er völlig niedergeschlagen ist“ (6). Eine Binsenweisheit ist es, daß klassen neutrale „Supermächte“ nicht existieren können. Entweder nützt die Bekämpfung der SU zusammen mit Jugoslawien an der Seite der USA dem Imperialismus oder dem Sozialismus, was auch für einen Maoisten leicht zu beantworten ist.

Gewappnet mit dieser „Theorie“ führt die VR China auch den Kampf gegen die Verträge von Moskau und Warschau, um angeblich die Interessen der kleinen DDR gegen einen Ausverkauf durch die große UdSSR zu schützen (7) Bei jeder Einschätzung der Klassenkräfte, daß es heute darauf ankommt, die gewachsene Stärke des Sozialismus zu nutzen und die realistischen Teile der Monopolbourgeoisie zur Anerkennung der bestehenden Grenzen, zum Abbau vorhandener Spannungsgebiete, zur Anerkennung der DDR und zu einem System der kollektiven Sicherheit zu zwingen, rennen die Maoisten gegen die kollektiv beschlossene Friedensoffensive der sozialistischen Länder an. Sie kommen damit — selbstverständlich unter der linken Phrase — einem F. J. Strauß entgegen, der auch nicht mehr vorhat, als die DDR von der Sowjetunion zu lösen, ein Zwischeneuropa zu schaffen, um sie später umso erfolgreicher doch noch im Kapitalismus wieder vereinigen zu können, und der deshalb ebenfalls gegen die Ratifizierung der Verträge kämpft. Dieser politische

Vertreter des aggressiven Rüstungskapitals der BRD setzt auf eine Politik der Stärke und des extremen Revanchismus, wozu ihm die Spalterpolitik der VR Chinas ermuntert. Unmißverständlich hat er sein gefährliches Konzept formuliert: „Unsere Aufgabe muß es heute sein, einen Gürtel zwischen Rußland und Westeuropa zu schaffen, ein ‚Zwischeneuropa‘, das weder unter sowjetischer noch unter westeuropäischer Herrschaft steht . . . Die Sowjetunion sollte vor die Entscheidung gestellt werden, entweder den gegenwärtigen Status quo mit allen seinen unvorhersehbaren Auswirkungen auf die sowjetisch-chinesische Auseinandersetzung beizubehalten oder der Idee eines autonomen Europa zuzustimmen . . . Peking wird deshalb ganz gewiß nicht unser Bundesgenosse; aber pragmatisches Denken sollte in der Lage sein, zu erkennen, daß Rot-China ein Interesse an einer Potenz an der Westgrenze des sowjetischen Imperiums in Mitteleuropa hat, während wir an der stärkeren Bindung der Sowjets an der asiatischen Ostgrenze interessiert sind.“

Partiell und zeitweilig begegnen sich daher unsere und die chinesischen Interessen . . . Und es ist zum anderen, daß wir — nicht zuletzt angesichts dieses sowjetisch-chinesischen Konflikts — Chancen zur politischen Offensive haben werden, sobald sich Europa auf der Basis der langfristigen Parallellität seiner fundamentalen Interessen geeint hat . . .“ (8).

Längst haben auch die USA ihre Chance erkannt, was Springers Welt am 18. April dieses Jahres freudig kommentiert: „Es bedurfte erst eines Machtwechsels im Weißen Haus, um die Einsicht reifen zu lassen, daß nicht das kommunistische China, sondern die Sowjetunion Amerikas eigentlicher Gegner in Vietnam ist. Denn ohne den beständigen Strom sowjetischer Waffen und Hilfslieferungen an den Vietkong hätte auch die taktische Beweglichkeit des nordvietnamesischen Generals Giap wenig gegen den militärisch weit überlegenen Amerikaner aus-

zurichten vermocht . . . Sowohl Amerikaner als auch Chinesen müssen danach trachten, sich aus der gegenseitigen Umklammerung zu lösen, die nur Moskau nützt.“

Die ersten Schritte sind bereits getan: in geheimer Mission vereinbarte der Sonderberater Nixons, Kissinger, im Juli dieses Jahres, daß Weltgangster Nr. 1, Nixon, bis spätestens Mai 1972 in die VR China zu Verhandlungen reisen wird.

## **Großes C Von Wolfgang Sabath**

**C**

**Camping  
machst du am Tage? — Gut.**

**C**

**Corso —  
Tische willst du besetzen am  
Nachmittag? — Sehr gut.**

**C**

**Club —  
Gespräche vermißt du am Abend? —  
Ausgezeichnet.**

**Nur denk daran, daß**

**C**

**Cochinchina ist in dieser Welt, und**

**C**

**Chile auch, und auch**

**C**

**Columbien.**

**Und denk daran, daß anderswo  
auch Hitzegrade plagen und sie  
gemessen werden auch in**

**C**

**wie Celsius —  
die Fiebergrade der Verwundeten  
und derer, die nicht ganz satt sind.  
Und denk auch daran,  
wie heiß der Lauf ist  
der Kalashnikow, wenn leergeschossen  
ist ihr Magazin vom Kämpfer, vom  
Genossen.**

**Jetzt geh, genieß den Abend.**

## **Verfall nicht dem Wahnsinn Nixon! — Komm zu uns nach China**

Der erste Teil dieser Zwischenüberschrift zierte einen äußerst blutrünstigen Artikel der Peking Rundschau gegen die Machenschaften der USA in Indochina, während die Ping-Pong-Diplomatie ihren Lauf nahm, selbstverständlich ohne daß die „revolutionären Massen um den großen Steuermann“ bisher von deren Ergebnis etwas wissen.

Jahrelang hat die maoistische Führung gegen die Sowjetunion polemisiert, sie wolle die Interessen der Befreiungsbewegung Vietnams aufs Spiel setzen, weil sie für Friedensverhandlungen Nordvietnams und später auch der Provisorischen Revolutionären Regierung mit den USA eintrete (9). Diese finden nun schon lange in Paris statt und tragen zur Entlarvung des US-Imperialismus bei, ohne daß irgendwelche Positionen aufgegeben worden wären. Jetzt will sie selbst verhandeln. Die Marxisten haben nichts dagegen einzuwenden, soweit es sich nur um Probleme der Normalisierung beider Staaten, um die berechtigte Aufnahme der VR in die UNO usw. handelt. Über Vietnam allerdings kann es für die VR nichts zu verhandeln geben. Das geschieht bereits in Paris.

Wenn Nixon nächstes Jahr zur Demonstrationsfahrt nach Peking aufbrechen will, um sein Image für die dann anstehenden Wahlen aufzubessern, wird Mao schon erklären müssen, warum er für Nixon diese Art von Wahlhilfe leisten will. Über die bisherige inneramerikanische Ausschlachtung des Spektakels stellte die New York Times bereits am 17. Juli unter dem bezeichnenden Titel „Nixons großer Sprung vorwärts“ fest: „Zumindest ist es Nixon gelungen, der Propagandaoffensive Hanois die Schärfe zu nehmen, als er die Aufmerksamkeit auf seine eigenen Schritte ablenkte.“ Er habe dabei die Möglichkeit erlangt, Hanoi vorzuführen, daß selbst seine besten Verbündeten andere, wichtigere Interessen haben.

Das Eingehen auf den Versuch des US-Imperialismus, auch nur ein Zipfelchen Initiative zurückzugewinnen zu einem Zeitpunkt, in dem er unvermindert den barbarischen Krieg gegen das vietnamesische Volk führt und Niederlage für Niederlage einstecken muß, bedeutet eine Sabotage aller im Befreiungskrieg stehenden Völker.

### **Sag mir, wer deine Freunde sind ...**

Proletarischen Internationalismus besonderer Art bewies die maoistische Führung erst vor kurzem. Als man im Sudan mit den Kommunistenmorden noch im vollen Gange war, rief sie auf zu einer mächtvollen Solidaritätskundgebung — für Numeiri, dem Kommunistenmörder (10). Dieser, kaum vom Henkerschauspiel an dem 2. Vorsitzenden des Weltgewerkschaftsbundes und dem Generalsekretär der KP des Sudans, Abdel Khalek Magogub, zurückgekehrt, empfing zur Gratulationscour den Vertreter der VR China, um ihm für die umfassende Unterstützung und einen 45 Mio. Dollar-Kredit zu danken (11).

Als in Ost-Pakistan die nationale Bewegung Bangla Desh in einem Blutbad ohnegleichen ausgerottet wurde, war es wiederum Peking, das als einziges Land „die pakistanische Regierung in ihrem gerechten Kampf“ unterstützte. Den Sowjets und Indien, die eine Verschlechterung der Beziehungen bei der Weiterführung des Blutbades androhten, warf Mao „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Pakistans“ und die „Planung einer internationalen Intervention“ vor (12). Das chinesische Volk wurde — wozu auch — von den ganzen Vorfällen bis heute nicht wirklich unterrichtet. Daß Peking dabei von einer „Einmischung in innere Angelegenheiten“ sprach, setzt der Doppelzüngigkeit antisozialistischer Politik die Krone auf, waren sie es doch, die in der CSSR, Polen und in der Sowjetunion bisher vergeblich den Aufbau von Spaltparteien versucht hatten.

Was die maoistische Führung unter proletarischem Internationalismus versteht,

ließ sie auch im Falle Ceylons deutlich werden. Dort unterstützte sie zunächst eine Gruppe als Guevaristen getarnter CIA-Antivolksfrontkämpfer gegen die Regierung Banderanike, um dann hinterher diese Bewegung fallen zu lassen und am 27. Mai der Regierung Ceylons zur Niederschlagung des Aufstands zu gratulieren, nicht ohne einen 100 Mio DM-Kredit zu präsentieren.

Es läßt sich weiter verdeutlichen an der Haltung, die die chinesische Führung Angela Davis gegenüber einnimmt: sie scheint eher gewillt, sich die Zunge abzubeißen, als der jungen amerikanischen Kommunistin ihre Solidarität zu bezeugen.

### **... und wir sagen dir, wer du bist**

Die bisherigen außenpolitischen Aktivitäten der VR China und ihre damit jeweils verbundenen Rechtfertigungslogiken von heute stehen deutlich im Widerspruch zu der 1963 eröffneten Polemik gegen die marxistischen Parteien, deren Kern die Aufstellung einer Generallinie als Plattform des Weltmaoismus darstellte. Offensichtlich kann der wissenschaftliche Sozialismus für diese Wurstlei nicht Anleitung zum Handeln darstellen. Es gibt allerdings ein anderes Prinzip, das sich durchgängig durch dieses Gestrüpp unmarxistischer Prinzipienlosigkeit verfolgen läßt: der unter den jeweiligen Bedingungen skrupellos, auch zum Schaden des Sozialismus vorangetriebene, nationalistische Ausbau der Machtstellungen Pekings. Begrifflich hat sich dies bereits ebenfalls niedergeschlagen in der „Theorie der Supermächte“, die dem Arsenal des kleinstädtischen Nationalismus entlehnt ist. Der hierbei nützliche Antisowjetismus wurde in China zur Staatsdoktrin erhoben und überall hin exportiert, wohin Pekings Einfluß reicht. Einen besseren Verbündeten in ihrer Diversionspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern als die VR können sich die USA gar nicht wünschen. Jahrelang haben die maoistischen Führer versucht, die nationalen Befreiungsbewegungen unter ihr Banner zu ziehen. Sie

gingen in ihren Lügen soweit, daß sie behaupteten, die Sowjetunion bekämpfe diese Bewegungen (13). Es ist nur zu verständlich, daß der von der Großbourgeoisie seit jeher geschürte Antisowjetismus auch in seinem ‚linken‘ Männelchen in der westdeutschen Studentenbewegung Fuß fassen konnte.

Von Anfang an haben wir im Marxistischen Studentenbund SPARTAKUS keinen Spielraum für irgendeine Form des Antikommunismus oder Antisowjetismus gelassen. Wir halten es mit Fidel Castro, der auf einer Massenkundgebung zum 100. Geburtstag Lenins unter dem begeisterten Beifall Zehntausender erklärte: „Jetzt gibt es bekanntlich Erzrevolutionäre, erzlinke Theoretiker, die man, wenn sie so wollen, als wahre „Supermänner“ bezeichnen könnte. Leute, die imstande sind, in Worten den Imperialismus innerhalb von zwei Sekunden zu vernichten und zu zerschlagen. Viele dieser Erzrevolutionäre, die nicht das mindeste Verständnis und nicht die geringste Vorstellung von den realen Problemen und Schwierigkeiten haben, auf die die Revolution stößt und die von Stimmungen erfüllt sind, die der Imperialismus grausam schürt, empfinden grausamen Haß. Man hat den Eindruck, als ob sie selbst die bloße Existenz der Sowjetunion nicht verzeihen können. Und das, obwohl sie von ‚linken‘ Positionen auftreten. Sie möchten, daß die Sowjetunion nach ihrem ‚vollkommenen‘ Muster zugeschnitten wird, nach ihren lächerlichen, jeglicher realen Grundlage entbehrenden Ideen... Sie vergessen die Probleme Kubas, Vietnams, des Nahen Ostens... Schon wiederholt gab es Erklärungen, daß man bereit sei, Verhandlungen mit Kuba zu führen, wenn es die Beziehungen zur Sowjetunion abbricht, politisch und militärisch. Wir sagen dazu nein! Erstens, weil wir nie eine Bedingung des Imperialismus akzeptieren. Zweitens, weil wir nie unsere politischen Beziehungen zur Sowjetunion abbrechen, ebensowenig wie jene Verbindungen, die man militärisch nennt. Im Gegenteil! Wir werden immer bereit sein, noch engere Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen!“ (14)

## Unternehmerlogik

Jetzt wissen wir endlich, wer in den kapitalistischen Ländern an sozialem Elend, an Preistreibereien und so schuld ist: die Rentner. Der in Bonner Gefilden kursierende „Unternehmerbrief“, der laut Hamburger „Spiegel“ „das Unternehmerinteresse mit Hilfe auserwählter Wissenschaftler publizistisch vertritt“, macht unter der Fragestellung „Wie locker sitzt die Mark?“ allen Ernstes folgende Rechnung auf: In Unternehmerhaushalten würden 67 Prozent des „verfügbarer Einkommens für Verbrauchswecke verwendet“, in Arbeiterhaushalten 83 Prozent und bei Rentnern 90 Prozent. Es geht noch weiter. Von zusätzlichem Einkommen würden „Unselbstständige“ 73 Pfennig pro Mark, Unternehmer jedoch nur 15 Pfennig für die „Befriedigung von Konsumbedürfnissen“ ausgeben. Die „Ausgabefreudigkeit“ aber, so das Unternehmerblatt, treibe die Preise. Ja, wenn die tugendsamen Unternehmer so sparsam mit ihrem sauer verdienten Geld umgehen, die Rentner und „Unselbstständigen“ aber fast ihren ganzen Reichtum sinnlos verprassen, dann ist es natürlich kein Wunder, wenn die Preise steigen.

- (1) Internationale Beratung..., Dietz Verlag 69, S. 45
- (2) Granma, Zentralorgan der KP Kubas, 3. Mai 70
- (3) zit. nach ND, 1. 4. 71
- (4) Unsere Zeit, 4. Sept. 71
- (5) Peking Rundschau (PR) 71, Nr. 25, S. 4
- (6) PR Nr. 5, S. 7
- (7) vergl. „Ein schmutziges Geschäft“, Hetzbrosch. Pekings, 1970
- (8) F. J. Strauß, ‚Entwurf für Europa‘, Stuttgart 1968, S. 55
- (9) F. J. Strauß, Herausforderung u. Antwort Stgt. 1968, S. 96 ff
- (10) FAZ, 6. 8. 71, S. 7
- (11) Süddeutsche Zeitung, 6. 8. 71
- (12) PR, 1971, Nr. 16, S. 10
- (13) Die Verfechter des neuen Kolonialismus, Hetzbroschüre Pekings, 1963, S. 25
- (14) siehe (2)



# ... hören Sie mal rot! „pläne“

**Arbeiterlieder Festival '70-Live**  
mit Süverkrüp, Hüsch, Degenhardt,  
Fasia, Kittner, Lerryn,  
30-cm-LP, stereo,  
Best.-Nr. 66 201, DM 20,—

**Ernst Busch 1**  
Lieder der Arbeiterklasse  
1917—1933  
30-cm-LP, stereo,  
Best.-Nr. 77 101, DM 20,—

**Ernst Busch 2**  
Lieder des spanischen  
Bürgerkrieges  
30-cm-LP, stereo,  
Best.-Nr. 77 102, DM 20,—

**Lehrlinge zusammenhalten!**  
die Conrads, D. Süverkrüp,  
Floh de Cologne, interpol,  
Lerryn, Münchner Songgruppe  
Hamburger Songgruppe  
30-cm-LP, stereo,  
Best.-Nr. S 33 501, DM 20,—

**Streik**  
Joan & José  
politischer Tageskampf im  
Franco Spanien  
30-cm-LP, stereo,  
Best.-Nr. 55 501, DM 20,—

**Zeitgenossen**  
Il Contemporaneo  
Kampflieder aus Italien,  
Kuba Griechenland  
30-cm-LP, stereo,  
Best.-Nr. 88 101, DM 20,—

**... und Euch gehört ein Dreck!**

Dürer-Lied  
Münchner Songgruppe  
17-cm-Single, stereo,  
Best.-Nr. Peng 9, DM 5,—

**Angela Davis**  
gesungen von Lerryn  
17-cm-Single, stereo,  
Best.-Nr. Peng 11, DM 5,—

**Dein Staat, das bekannte Unwesen**  
von und mit  
Dietrich Kittner  
30-cm-LP, stereo,  
Best.-Nr. 33 302, DM 20,—

**Neues Deutschland**  
aus der Singebewegung  
der DDR  
30-cm-LP, stereo,  
Best.-Nr. 88 103, DM 20,—

**Süverkrüps-Hitparade**  
Dieter Süverkrüp singt  
neue Lieder und Chansons  
30-cm-LP, stereo,  
Best.-Nr. 22 303, DM 20,—

**Der Baggerführer Willibald**  
Dieter Süverkrüp singt  
Kinderlieder  
17-cm-Single, stereo,  
Best.-Nr. Peng 6, DM 5,—



Verlag „pläne“ GmbH  
46 Dortmund  
Ruhralle 62  
Telefon 12 50 93

Gesamtverzeichnis anfordern!